

Trägerorganisation für die
Berufsprüfung für Treuhänder

Lösungsvorschläge für die Aufgabensammlung 2016 Berufsprüfung für Treuhänder

Inhaltsverzeichnis

Fach 700	Unternehmens- und Wirtschaftsberatung		
	Lösungsvorschlag Aufgabe 1	Seiten	3 – 18
	Lösungsvorschlag Aufgabe 2	Seiten	19 – 27
	Lösungsvorschlag Aufgabe 3	Seiten	28 – 33
Fach 701	Finanzielles Rechnungswesen und Finanzmanagement		
	Lösungsvorschlag Teil 1	Seiten	34 – 56
	Lösungsvorschlag Teil 2	Seiten	57 – 64
Fach 702	Steuern		
	Lösungsvorschlag	Seiten	65 – 80
Fach 703	Revision		
	Lösungsvorschlag	Seiten	81 – 91

**Fach 700 Unternehmens- und
Wirtschaftsberatung**

**Lösungsvorschlag
Aufgabe 1**

Unternehmens- und Wirtschaftsberatung: Lösungsvorschlag Aufgabe 1

**Verfügbare Zeit: 90 Minuten
Max. Punktzahl: 45**

BiAllgemeiner Hinweis zur Prüfungsaufgabe:

Falls nach Gesetzes- und Verordnungsangaben gefragt wird, sind diese möglichst präzise, unter Angabe des Artikels, der Ziffer, des Absatzes, etc. zu nennen.

Sachverhalt

Herr Martin Frosch ist Alleinaktionär der Storch AG. Die Storch AG mit Sitz in Zürich bezweckt die Montage sowie den Handel von Platten- und Bodenbelägen. Des Weiteren bezweckt die Gesellschaft den Betrieb einer Lehrwerkstätte für Jugendliche und junge Erwachsene. Herr Frosch beschäftigt sechs Mitarbeitende. Im Handelsregister ist kein Geschäftsführer eingetragen und die Storch AG hat das Opting-Out gewählt. Seine Ehefrau Aurelia Frosch führt die Buchhaltung und erstellt quartalsweise die MWST-Abrechnungen. Einmal jährlich, jeweils im Januar, erhalten Sie von Frau Frosch die Buchhaltungsdatei mit der Bitte um Erstellung der MWST-Abrechnung für das 4. Quartal, Vornahme der Lohnsummendeklaration sowie Erstellen des Jahresabschlusses. Sie erhalten von Frau Frosch die Bilanz und Erfolgsrechnung für das Geschäftsjahr 2015 (siehe Anhang 1 und 2). Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Aufgabe 1 – Abschlussbuchungen

(20 Punkte)

Anlässlich der Übergabe der Unterlagen teilt Ihnen Frau Frosch folgende Sachverhalte (siehe Teilaufgaben) mit.

Erfassen Sie sämtliche notwendige Buchungen mit Datum, Kontobezeichnung Soll, Kontobezeichnung Haben, Betrag und falls notwendig den Buchungstext. Zusätzlich ist zu vermerken, welche Auswirkung die Buchung auf das Jahresergebnis ("Ausw. E.") hat (+ = Erhöhung Jahresergebnis; - = Verminderung Jahresergebnis; 0 = keine Auswirkung auf Jahresergebnis).

Es können eine oder mehrere Buchungen notwendig sein. Beachten Sie die MWST (Abrechnung nach vereinnahmter, effektiver Methode). Allfällige im Jahr 2014 nicht korrekt vorgenommene Abgrenzungen sind im Geschäftsjahr 2015 nicht zu beachten.

Verwenden Sie ausschliesslich die Kontobezeichnungen gemäss Bilanz und Erfolgsrechnung (Anhang 1 und 2). Die Beträge sind auf 5 Rappen zu runden.

Bei einigen Teilaufgaben ist für die Vorbereitung des Anhangs zur Jahresrechnung die Höhe und die Veränderung der stillen Reserven nachzuweisen.

Teilaufgabe 1a)

(1.75 Punkte)

Die ausstehenden Forderungen für Einnahmen aus Montage und Handel per Bilanzstichtag betragen CHF 36'720.00 inkl. 8% MWST. Für die Einnahmen aus Lehrwerkstätte sind analog Vorjahr keine ausstehenden Rechnungen vorhanden.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	Forderung aus L & L	Einnahmen aus Montage und Handel	34'000.00	+
31.12.	Forderung aus L & L	MWST-Umsatzsteuer	2'720.00	0

Teilaufgabe 1b)

(2.5 Punkte)

In dem obenstehenden Betrag von CHF 36'720.00 inkl. MWST ist eine ausstehende Forderung vom Januar 2015 von CHF 5'600.00 exkl. 8% MWST enthalten, für die Frau Frosch nach erfolgloser Mahnung das Betreibungsbegehren eingereicht hat. Es besteht jedoch nur eine kleine Hoffnung, dass diese Forderung vollständig bezahlt wird. Die restlichen Forderungen werden voraussichtlich termingerecht bezahlt. Dennoch soll das Delkredere 10% der Restforderungen betragen. Im Vorjahr war keine Einzelwertberichtigung notwendig.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	Veränderung Delkredere	Delkredere	7'315.20	-

Notwendige Berechnungen (bitte nachvollziehbar aufführen):

Höhe Delkredere:

Einzelwertberichtigung	CHF	6'048.00	inkl. MWST
10% auf Restforderung von CHF 30'672.00	CHF	3'067.20	inkl. MWST
Total Delkredere	CHF	9'115.20	
Delkredere Vorjahr	CHF	- 1'800.00	
Erhöhung Delkredere	CHF	7'315.20	

Nachweis Veränderung stille Reserven auf der Bilanzposition "Delkredere"

2015			2014			Veränderung
Effektiver Wert	Buchwert	Stille Reserven	Effektiver Wert	Buchwert	Stille Reserven	
6'048.00	9'115.20	3'067.20	0.00	1'800.00	1'800.00	+ 1'267.20

Teilaufgabe 1c)
(3.0 Punkte)

Die per 31. Dezember 2015 noch nicht in Rechnung gestellten Arbeiten betragen CHF 15'000.00 exkl. MWST. Es wird analog Vorjahr eine Bewertungsreserve von 20% berücksichtigt. Die Bewertungsreserve stellt, wie schon im Vorjahr, eine stille Reserve dar.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	Bestandesänderung nicht fakt. DL	Nicht fakturierte Dienstleistungen	11'000.00	-

Notwendige Berechnungen (bitte nachvollziehbar aufführen):

Nicht fakturierte Dienstleistungen

Effektiver Wert CHF 15'000.00

20 % Bewertungsreserve CHF - 3'000.00

Buchwert CHF 12'000.00

Buchwert Vorjahr CHF 23'000.00

Abnahme Nicht fakturierte Dienstleistungen CHF 11'000.00

Vorjahr Buchwert CHF 23'000.00 80%

Vorjahr effektiver Wert CHF 28'750.00 100%

Nachweis Veränderung stille Reserven auf der Bilanzposition "Nicht fakturierte Dienstleistung"

2015			2014			Veränderung
Effektiver Wert	Buchwert	Stille Reserven	Effektiver Wert	Buchwert	Stille Reserven	
15'000.00	12'000.00	3'000.00	28'750.00	23'000.00	5'750.00	- 2'750.00

Teilaufgabe 1d)
(1.75 Punkte)

Die Maschinen sind mit 40% des Buchwertes und das Mobiliar mit 25% des Buchwertes abzuschreiben.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	Abschreibungen	Maschinen	1'920.00	-
31.12.	Abschreibungen	Mobiliar	425.00	-

Notwendige Berechnungen (bitte nachvollziehbar aufführen):

Maschinen CHF 4'800.00 100%

Abschreibung CHF 1'920.00 40%

Mobiliar CHF 1'700.00 100%

Abschreibung CHF 425.00 25%

Die Storch AG besitzt mehrere Geschäftsfahrzeuge. Anfang August wurde ein neues Geschäftsfahrzeug für CHF 27'000.00 inkl. MWST gekauft. Das alte Fahrzeug wurde für CHF 17'500.00 exkl. MWST eingetauscht. Der Buchwert betrug CHF 3'000.00. Es wird die Ersatzbeschaffung geltend gemacht. Die Fahrzeuge werden mit 40% des Buchwertes abgeschrieben (die Abschreibung für den Fahrzeugwechsel ist pro rata zu berücksichtigen).

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Bezeichnung	Betrag	Ausw. E
31.12.	Abschreibungen	Fahrzeuge	Abschreibung 40% pro rata 1-7.15	6'580	-
31.12.	Abschreibungen	Fahrzeuge	Abschreibung 40% pro rata 8-12.15	5'950	-

Notwendige Berechnungen (bitte nachvollziehbar aufführen):

Buchwert Fahrzeuge per 1.1.	CHF	28'200.00	
→ Abschreibung 40%	CHF	11'280.00	40%
→ pro rata Jan. – Juli 2015	CHF	6'580.00	
 Buchwert Fahrzeuge 1.8.	CHF	28'200.00	
./. Altes Fahrzeug Verkaufspreis	CHF	17'500.00	exkl. MWST
,+ Neukauf Fahrzeug	CHF	25'000.00	
Buchwert Fahrzeuge 1.8.	CHF	35'700.00	
→ Abschreibung 40%	CHF	14'280.00	40%
→ pro rata Aug. – Dez. 2015	CHF	5'950.00	
 Total	CHF	12'530.00	

Lösungsweg 2

Altes Fahrzeug Verkaufspreis	CHF	17'500.00	exkl. MWST
Altes Fahrzeug Buchwert	CHF	3'000.00	
Veräusserungsgewinn	CHF	14'500.00	
 Neukauf Fahrzeug	CHF	25'000.00	exkl. MWST
Abzüglich Veräusserungsgewinn (Ersatzb.)	CHF	- 14'500.00	
Zugang Buchwert	CHF	10'500.00	100%
Abschreibung für 5 Monate	CHF	1'750.00	40% für 5 Monate
 Buchwert Fahrzeuge per 1.1.	CHF	28'200.00	
./. Buchwert altes Fahrzeug	CHF	- 3'000.00	
Buchwert neu	CHF	25'200.00	100%
→ Abschreibung 40%	CHF	10'080.00	40%
 Buchwert Fahrzeuge per 1.1.	CHF	3'000.00	
→ Abschreibung 40%	CHF	1'200.00	40%
→ pro rata Jan. – Juli 2015	CHF	700.00	
 Total	CHF	12'530.00	

Teilaufgabe 1f)

(2.0 Punkte)

Herr Frosch fährt als Geschäftsfahrzeug einen Audi A3, welchen er auch privat nutzen darf. Das Fahrzeug wurde vor drei Jahren für CHF 48'600.00 inkl. 8% MWST gekauft. Der Privatanteil des Fahrzeugs wird Herrn Frosch auf dem Kontokorrent belastet.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	KK Aktionär	Privatanteil Fahrzeugaufwand	4'320.00	+
31.12.	Privatanteil Fahrzeugaufwand	MWST-Umsatzsteuer	320.00	-

Auch korrekt:

KK Aktionär / Privatanteil Fahrzeugaufwand = CHF 4'000

KK Aktionär / MWST-Umsatzsteuer = CHF 320

Notwendige Berechnungen (bitte nachvollziehbar aufführen):

Kaufpreis Audi A3 exkl. MWST	CHF	45'000.00	
9.6% Privatanteil für 12 Monate	CHF	4'320.00	inkl. 8% MWST
Privatanteil Fahrzeug	CHF	4'000.00	exkl. 8% MWST
MWST auf Privatanteil Fahrzeug	CHF	320.00	

Teilaufgabe 1g)

(2.0 Punkte)

Die Monatsrechnungen der AHV-Ausgleichskasse und der Arbeitslosenkasse betragen CHF 4'075.00, wobei der FAK-Beitrag 1.1% der AHV/IV/EO-Lohnsumme und der Verwaltungskostenbeitrag 3% des AHV-Beitrages beträgt. Die AHV-Schlussabrechnung für das Jahr 2015 ist noch ausstehend. Sämtliche Rechnungen der Ausgleichskasse wurden direkt dem Aufwandkonto AHV, ALV, IV, EO, FAK belastet. Die Abgrenzung der Schlussrechnung wurde noch nicht vorgenommen. Die AHV-pflichtige Lohnsumme 2015 beträgt CHF 300'000.00. Die höchste Lohnsumme eines Mitarbeiters beträgt CHF 120'000.00.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	Noch nicht erhaltener Ertrag	AHV, ALV, IV, EO, FAK	7'173.00	+

Notwendige Berechnungen (bitte nachvollziehbar aufführen):

Lohnsumme	CHF	300'000.00	
AHV, IV, EO	CHF	30'900.00	10.3%
FAK	CHF	3'300.00	1.1%
ALV	CHF	6'600.00	2.2%
Verwaltungskosten von AHV, IV, EO	CHF	927.00	3%
Total Sozialversicherungsbeiträge	CHF	41'727.00	
Bereits bezahlt (12 x CHF 4'075.00)	CHF	- 48'900.00	
Guthaben	CHF	7'173.00	

Teilaufgabe 1h)

(1.0 Punkt)

Für die an die Mitarbeitenden ausbezahlten Kinderzulagen von insgesamt CHF 5'000.00 liegen die Verfügungen der Familienausgleichskasse vor. Die Kinderzulagen werden im Januar 2016 von der Familienausgleichskasse zurückerstattet.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	Noch nicht erhaltener Ertrag	Kinderzulagen	5'000.00	+

Teilaufgabe 1i)

(3 Punkte)

Die Garantierückstellungen betragen pauschal 2% der letzten beiden Jahresumsätze aus Einnahmen aus Montage und Handel. Die effektiv notwendige Rückstellung beträgt für das aktuelle Jahr sowie auch für das Vorjahr CHF 5'000.00. Die Garantierückstellung stellt, wie schon im Vorjahr, eine stille Reserve dar. Unabhängig der vorstehenden Teilaufgaben, verwenden Sie für die Berechnung der Garantierückstellung die Zahlen gemäss Erfolgsrechnung im Anhang 2.

Datum	Soll-Konto	Haben-Konto	Betrag	Ausw. E
31.12.	Garantierückstellungen	Veränderung Garantierückstellungen	9'185.00	+

Notwendige Berechnungen (bitte nachvollziehbar aufführen):

Umsatz 2015	CHF 415'055.00
Umsatz 2014	<u>CHF 325'696.00</u>
Total Umsatz	CHF 740'751.00

Garantierückstellung	CHF 14'815.00	2%
Garantierückstellung Vorjahr	<u>CHF - 24'000.00</u>	
Abnahme Garantierückstellung	CHF 9'185.00	

Nachweis Veränderung stille Reserven auf der Bilanzposition "Garantierückstellungen"

2015			2014			Veränderung
Effektiver Wert	Buchwert	Stille Reserven	Effektiver Wert	Buchwert	Stille Reserven	
5'000.00	14'815.00	9'815.00	5'000.00	24'000.00	19'000.00	- 9'185.00

Die Storch AG rechnet die MWST nach vereinnahmter, effektiver Methode ab. Die MWST-Abrechnung für das 4. Quartal 2015 ist noch nicht erstellt. Bisher wurden folgende MWST-Abrechnungen eingereicht:

	Q1/2015	Q2/2015	Q3/2015
Total vereinnahmter Umsatz	121'000.00	135'000.00	92'000.00
Nicht steuerbare Leistungen	22'000.00	25'000.00	12'000.00
Steuerbarer Gesamtumsatz	99'000.00	110'000.00	80'000.00
Umsatzsteuer	7'920.00	8'800.00	6'400.00
Vorsteuer auf Materialaufwand	2'000.00	2'500.00	1'500.00
Vorsteuer auf Invest. / Betriebsaufwand	3'000.00	4'000.00	3'500.00
Total Vorsteuer	5'000.00	6'500.00	5'000.00
An die ESTV zu bezahlende Betrag	2'920.00	2'300.00	1'400.00

Nehmen Sie auf Basis der Bilanz und Erfolgsrechnung (Anhang 1 und 2) und unter Berücksichtigung der Ausführungen in den Teilaufgaben 1e) (Fahrzeugwechsel) und 1f) (Privatanteil Fahrzeug) die Umsatzabstimmung für die steuerbaren und für die nichtsteuerbaren Leistungen 2015 vor und berechnen Sie den im Q4/2015 zu deklarierende Umsatz und die zu deklarierende Umsatzsteuer. Alle übrigen Nachbuchungen aus Teilaufgabe 1 sind nicht zu berücksichtigen. Verwenden Sie dazu das nachstehende Raster:

Teilaufgabe 2a)
(1.75 Punkte)

Umsatzabstimmung für das Jahr 2015 für die **steuerbaren Leistungen**:

	Betrag	Bemerkung
Einnahmen aus Montage und Handel	415'055.00	exkl. MWST
Verkauf Fahrzeug	17'500.00	exkl. MWST
Privatanteil Fahrzeug	4'000.00	exkl. MWST
Forderungen aus L & L per 1.1.	16'687.95	exkl. MWST
Forderungen aus L & L per 31.12.	0.00	
Total vereinnahmter Umsatz steuerbare Leistungen	453'242.95	
./. Deklaration Q1/2015	- 99'000.00	
./. Deklaration Q2/2015	- 110'000.00	
./. Deklaration Q3/2015	- 80'000.00	
Deklaration Q4/2015	164'242.95	100%
Umsatzsteuer Q4/2015	13'139.45	8%

Umsatzabstimmung für das Jahr 2015 für die **nicht steuerbaren Leistungen**:

	Betrag	Bemerkung
Einnahmen Lehrwerkstätte	88'746.00	
Forderungen aus L & L per 1.1.	0.00	
Forderungen aus L & L per 31.12.	0.00	
Total vereinnahmter Umsatz nicht steuerbare Leistungen	88'746.00	
./. Deklaration Q1/2015	- 22'000.00	
./. Deklaration Q2/2015	- 25'000.00	
./. Deklaration Q3/2015	- 12'000.00	
Deklaration Q4/2015	29'746.00	100%
Umsatzsteuer Q4/2015	0.00	

Teilaufgabe 2c)

(2.0 Punkte)

Die Storch AG hat auf sämtlichen Aufwendungen die Vorsteuer in Abzug gebracht. Die Erzielung von nicht steuerbaren Leistungen hat Auswirkungen auf die MWST-Abrechnungen. Nennen Sie den Fachbegriff dieser Auswirkung und nennen Sie den Gesetzesartikel worin diese Auswirkung erwähnt ist.

Es muss eine Vorsteuerkorrektur (nicht Vorsteuerkürzung!) gemacht werden. Art. 30 MWSTG,

da gemischte Verwendung

Es gibt verschiedene Methoden zur Berechnung der obgenannten Auswirkung. Nennen Sie die drei Methoden und den Gesetzesartikel worin diese aufgeführt sind.

Die Korrektur des Vorsteuerabzugs kann berechnet werden:

A nach dem effektiven Verwendungszweck

B anhand von Pauschalmethoden mit den von der ESTV festgelegten Pauschalen

C gestützt auf eigene Berechnungen

Art. 65 MWSTV

Aufgabe 3 – Antrag auf Gewinnverwendung

(7.75 Punkte)

Anhand des Jahresabschlusses 2014 wurde eine Dividende ausgeschüttet. Leider kann Herr Frosch den Antrag auf Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2014 nicht mehr finden.

Teilaufgabe 3a)

(3.5 Punkte)

Erstellen Sie für Herrn Frosch anhand der Bilanz gemäss Anhang 1 der Antrag für die Gewinnverwendung 2014. Verwenden Sie dazu das nachstehende Raster:

Antrag auf Gewinnverwendung 2014

Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		26'073.00
Jahresgewinn		58'774.00
Zur Verfügung der Generalversammlung / Bilanzgewinn		84'847.00
Der Verwaltungsrat schlägt der Generalversammlung folgende Verwendung des Bilanzgewinnes vor:		
Zur Verfügung der Generalversammlung / Bilanzgewinn		84'847.00
Zuweisung an die Gewinnreserven		2'938.70
Ausschüttung Dividende		5'000.00
Bilanzgewinn nach Gewinnverwendung		76'908.30

Teilaufgabe 3b)

(3.75 Punkte)

Gehen Sie unabhängig von der vorstehenden Aufgaben davon aus, dass der in der Bilanz gemäss Anhang 1 ausgewiesene Jahresgewinn 2015 von CHF 24'010.00 dem definitiven Jahresgewinn entspricht. Herr Frosch ist Alleinaktionär und möchte wissen, wie hoch für 2015 die maximal mögliche Dividendenausschüttung (nur in ganzen %) sein könnte. Berechnen Sie anhand des vorliegenden Eigenkapitals per 31.12.2015 die maximal mögliche Dividendenausschüttung und erstellen Sie einen detaillierten Antrag für die Gewinnverwendung 2015. Bezeichnen Sie jede einzelne Position des Gewinnverwendungsantrages, nennen Sie die Beträge und zusätzlich allfällige %-Sätze. Ob aus wirtschaftlicher Sicht die maximal berechnete Dividendenausschüttung möglich und sinnvoll ist, ist nicht zu beurteilen. Die Beträge sind auf 5 Rappen zu runden.

Antrag auf Gewinnverwendung 2015

Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		76'908.30
Jahresgewinn		24'010.00
Zur Verfügung der Generalversammlung / Bilanzgewinn		100'918.30
Der Verwaltungsrat schlägt der Generalversammlung folgende Verwendung des Bilanzgewinnes vor:		
Zur Verfügung der Generalversammlung / Bilanzgewinn		100'918.30
Zuweisung an die Gewinnreserven	5%	1'200.50
Ausschüttung Dividende	5%	5'000.00
Subtotal nach erster Dividendenausschüttung		94'717.80
Superdividende	86%	86'000.00
Zweite Reservezuweisung	10%	8'600.00
Bilanzgewinn nach Gewinnverwendung		117.80

Teilaufgabe 3c)

(0.5 Punkte)

Nennen Sie den Gesetzesartikel, worin die Gewinnverwendung für die Aktiengesellschaft geregelt ist:

Art. 671 OR

Aufgabe 4 – Verrechnungssteuer auf Dividendenausschüttung**(4.25 Punkte)**

Unabhängig der vorstehenden Aufgabe, gehen Sie davon aus, dass die Storch AG beabsichtigt eine Dividende von CHF 50'000.00 auszuschütten.

Teilaufgabe 4a)**(0.75 Punkte)**

Erstellen Sie die Dividendenabrechnung für Herrn Martin Frosch.

Dividendenausschüttung CHF 50'000.00

Verrechnungssteuer 35% CHF - 17'500.00

Nettoausschüttung CHF 32'500.00

Teilaufgabe 4b)**(1.0 Punkt)**

Wer hat die Verrechnungssteuer in welcher Frist wohin zu bezahlen?

Schuldner der Verrechnungssteuer:

Storch AG

Frist zur Bezahlung:

Innert 30 Tagen nach Fälligkeit der Dividendenausschüttung

An wen ist die Verrechnungssteuer zu bezahlen?

Eidg. Steuerverwaltung in Bern

Teilaufgabe 4c)**(2.0 Punkte)**

Besteht die Möglichkeit, dass für die Verrechnungssteuer das Meldeverfahren angewendet werden kann? Also die Dividende ohne Abzug der Verrechnungssteuer ausgeschüttet werden kann? Begründen Sie Ihre Antwort in wenigen Sätzen und mit dem genauen Gesetzesartikel. Antworten ohne Begründung werden nicht bewertet.

Antwort:

Nein, das Meldeverfahren kann nicht angewendet werden.

Begründung in wenigen Sätzen und mit Angabe der zwei massgebenden Gesetzesartikel:

Art. 24 Abs. 1 lit. c VSTV – es handelt sich nicht um eine Naturaldividende

Art. 26a VSTV – Meldeverfahren kann nur bei Dividendenausschüttung im Konzernverhältnis

beansprucht werden. Der Aktionär ist eine natürliche Person → kein Konzernverhältnis

Teilaufgabe 4d)**(0.5 Punkte)**

Wie kann der Aktionär die Verrechnungssteuer wieder zurückfordern?

Mit korrekter Deklaration der Dividendenausschüttung im Wertschriftenverzeichnis der

Steuererklärung.

Aufgabe 5 – Generalversammlung**(4.25 Punkte)**

Nach erstellen des Jahresabschlusses 2015 muss die Generalversammlung der Storch AG durchgeführt werden.

Teilaufgabe 5a)**(2.25 Punkte)**

Bis zu welchem Datum hat nach Gesetz die Generalversammlung der Storch AG stattzufinden? Nennen Sie zusätzlich den genauen Gesetzesartikel.

Innert 6 Monaten nach Abschluss der Jahresrechnung, d.h. bis am 30.6.2016

Art. 699 Abs. 2 OR

Welche Fristen sind bei dem Versand der Einladungen an die Generalversammlung zu beachten? Nennen Sie den genauen Gesetzesartikel.

Die Einladung ist spätestens 20 Tage vor dem Versammlungstag zu verschicken.

Art. 700 Abs. 1 OR

Besteht die Möglichkeit, auf die obgenannte Frist zu verzichten? Begründen Sie Ihre Antwort mit wenigen Sätzen und nennen Sie die allfällige Voraussetzung und den entsprechenden Gesetzesartikel. Antworten ohne Begründung werden nicht bewertet.

Antwort:

Ja, auf die Einhaltung der Frist kann verzichtet werden.

Begründung mit Nennung der allfälligen Voraussetzung

Wenn alle Aktionäre einverstanden sind, kann die Generalversammlung ohne der für die Einberufung vorgeschriebenen Formvorschriften abgehalten werden.

Art. 701 Abs.

Teilaufgabe 5b)**(1.75 Punkte)**

Sie werden beauftragt, für die Frosch AG die Einladung zur Generalversammlung sowie das Protokoll der Generalversammlung zu verfassen.

Nennen Sie sieben Traktanden, die auf der Einladung zur Generalversammlung aufgeführt sind. Die beiden Traktanden 'Begrüssung' und 'Verschiedenes' werden nicht bewertet:

Wahl Protokollführer

Genehmigung letztes GV-Protokoll

Genehmigung Geschäftsbericht / Lagebericht 2015

Genehmigung Jahresrechnung 2015

Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes

Entlastung des Verwaltungsrates

Wahlen (Stimmenzähler, Verwaltungsrat, ev. Revisionsstelle)

Statutenänderung

Teilaufgabe 5c)**(0.25 Punkte)**

Sie werden an der Generalversammlung teilnehmen und als ProtokollführerIn gewählt. Im Protokoll werden Sie die Beschlüsse zu den einzelnen Traktanden festhalten. Zusätzlich zu den Traktanden ist im Protokoll eine weitere Feststellung zu machen. Welche?

Die Feststellung dass die Generalversammlung beschlussfähig ist.

Aufgabe 6 – Steuererklärung**(4.25 Punkte)**

Nach Genehmigung der Jahresrechnung durch die Generalversammlung werden Sie beauftragt, die Steuererklärung 2015 für die Storch AG zu erstellen. Sie erhalten von Ihrem Vorgänger die Kopie der Steuererklärung 2014 und sehen dort im Eigenkapital folgende Position:

Als Gewinn versteuerte stille Reserve:
Garantierückstellung CHF 15'000.00

Teilaufgabe 6a)**(0.75 Punkte)**

Erklären Sie Herrn Frosch, was diese Position in der Steuererklärung bedeutet und wie diese zustande gekommen sein könnte:

Im Rahmen eines Veranlagungsverfahrens des Vorjahres, wird der Steuerkommissär die Bildung

der Garantierückstellung als überhöht erachtet haben und hat damals dem Gewinn CHF 15'000.00

aufgerechnet. Diese versteuerte stille Reserve erhöht das steuerbare Eigenkapital.

Teilaufgabe 6b)**(1.5 Punkte)**

Gehen Sie davon aus, dass im vorliegenden Jahresabschluss Garantierückstellung von CHF 19'000.00 aufgelöst wurden und die effektiven Rückstellungen mit einem Buchwert von CHF 5'000.00 ausgewiesen sind. Die als Gewinn versteuerten stillen Reserven sollten somit aufgelöst werden.

Welche Auswirkungen hat dies auf den steuerbaren Gewinn und auf das steuerbare Kapital?

Auswirkungen auf den steuerbaren Gewinn:

Gewinn gemäss Jahresabschluss	CHF	24'010.00
Auflösung versteuerter stiller Reserven	CHF	- 15'000.00

Steuerbarer Gewinn	CHF	9'010.00
--------------------	-----	----------

Auswirkungen auf das steuerbare Kapital:

Eigenkapital gemäss Jahresabschluss	CHF	208'857.00
Als Gewinn versteuerte stille Reserve	CHF	0.00

Steuerbares Eigenkapital	CHF	208'857.00
--------------------------	-----	------------

Teilaufgabe 6c)**(2.0 Punkte)**

Oftmals wird auch von einer Aufrechnung von geldwerten Leistungen gesprochen.

Was ist eine geldwerte Leistung und wie kommt diese zustande?

Eine geldwerte Leistung ist eine Leistung an den Aktionär, welche ohne o. nur mit ungenügender
der Gegenleistung kommt zustande, weil ein nicht geschäftsmässig begründeter Aufwand
der Erfolgsrechnung belastet wurde (z.B. private Lebenshaltungskosten des Aktionärs).

Welche Auswirkungen hat eine geldwerte Leistung auf den steuerbaren Gewinn und das steuerbare Kapital der juristischen Person?

Auswirkungen auf den steuerbaren Gewinn:

Der steuerbare Gewinn wird erhöht.

Auswirkungen auf das steuerbare Kapital:

Keine, die geldwerte Leistung ist eine Ausschüttung. Besteuert wird Kapital nach Ausschüttung.

Weitere steuerliche Auswirkungen auf die juristische Person:

Es ist die Verrechnungssteuer von 35% geschuldet, sowie Gewinnsteuer.

Bilanz (in CHF) per	31.12.2015	31.12.2014
Flüssige Mittel	220'310.00	219'170.00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0.00	18'023.00
Delkredere	- 1'800.00	- 1'800.00
Vorsteuer Materialaufwand	2'365.00	0.00
Vorsteuer Betriebsaufwand/Investitionen	3'045.00	0.00
Vorräte Handelswaren	17'800.00	17'800.00
Nicht fakturierte Dienstleistungen	23'000.00	23'000.00
Bezahlter Aufwand des Folgejahrs	0.00	0.00
Noch nicht erhaltener Ertrag	0.00	0.00
Umlaufvermögen	264'720.00	276'193.00
Mietzinskaution	8'501.00	8'501.00
Maschinen	4'800.00	4'800.00
Mobiliar	1'700.00	1'700.00
EDV-Anlage	1.00	1.00
Fahrzeuge	35'700.00	28'200.00
Anlagevermögen	50'702.00	43'202.00
Total Aktiven	315'422.00	319'395.00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45'092.00	46'096.00
MWST-Umsatzsteuer	10'282.00	0.00
MWST-Abrechnungskonto	0.00	12'794.00
Noch nicht bezahlter Aufwand	0.00	0.00
Erhaltener Ertrag des Folgejahrs	0.00	0.00
Kurzfristiges Fremdkapital	55'374.00	58'890.00
Kontokorrent Aktionär	27'191.00	46'658.00
Garantierückstellungen	24'000.00	24'000.00
Langfristiges Fremdkapital	51'191.00	70'658.00
Aktienkapital	100'000.00	100'000.00
Gesetzliche Gewinnreserven	7'938.70	5'000.00
Gewinnvortrag	76'908.30	26'073.00
Jahresgewinn	24'010.00	58'774.00
Eigenkapital	208'857.00	189'847.00
Total Passiven	315'422.00	319'395.00

Erfolgsrechnung (in CHF)	2015	2014
Einnahmen aus Montage und Handel	415'055.00	325'696.00
Einnahmen Lehrwerkstätte	88'746.00	75'278.00
Bestandesänderung nicht fakturierte Dienstleistungen	0.00	43'000.00
Veränderung Delkredere	0.00	0.00
Veränderung Garantierückstellungen	0.00	0.00
Betriebsertrag	503'801.00	443'974.00
Materialaufwand	- 54'363.00	- 58'206.00
Entsorgungsaufwand	- 2'456.00	- 1'059.00
Material- und Warenaufwand	- 56'819.00	- 59'265.00
Bruttoergebnis nach Material- und Warenaufwand	446'982.00	384'709.00
Lohnaufwand	- 249'036.00	- 188'131.00
AHV, ALV, IV, EO, FAK	- 48'900.00	- 24'500.00
Kinderzulagen	- 5'000.00	0.00
Berufliche Vorsorge	- 20'606.00	- 15'232.00
Personenversicherung	- 15'610.00	- 11'025.00
Quellensteuer	66.00	0.00
Aus- und Weiterbildung	- 3'125.00	- 1'178.00
Sonstiger Personalaufwand	- 5'317.00	- 4'548.00
Total Personalaufwand	- 347'528.00	- 244'614.00
Bruttoergebnis nach Personalaufwand	99'454.00	140'095.00
Raumaufwand	- 28'600.00	- 26'400.00
Unterhalt Maschinen, Apparate	- 897.00	- 508.00
Unterhalt Mobiliar, Einrichtung	- 321.00	0.00
Unterhalt Fahrzeug (inkl. Versicherung, Abgaben)	- 22'556.00	- 14'778.00
Fahrzeugleasing	- 9'798.00	- 9'171.00
Privatanteil Fahrzeugaufwand	0.00	1'800.00
Sachversicherungsprämien	- 1'563.00	- 753.00
Büromaterialaufwand	- 697.00	- 252.00
Telefonaufwand, Portoaufwand	- 1'332.00	- 1'545.00
Buchführungsaufwand	- 4'500.00	- 6'800.00
Werbeaufwand	- 4'759.00	- 2'350.00
Total übriger betrieblicher Aufwand	- 75'023.00	- 60'757.00
Betriebliches Ergebnis vor Abschreibungen	24'431.00	79'338.00
Abschreibungen	0.00	- 3'700.00
Betriebliches Ergebnis vor Finanzerfolg und Steuern	24'431.00	75'638.00
Finanzaufwand	- 165.00	- 123.00
Finanzertrag	0.00	92.00
Betriebliches Ergebnis vor Steuern	24'266.00	75'607.00
Direkte Steuern	- 256.00	- 16'833.00
Jahresgewinn	24'010.00	58'774.00

**Fach 700 Unternehmens- und
Wirtschaftsberatung**

**Lösungsvorschlag
Aufgabe 2**

Unternehmens- und Wirtschaftsberatung: Lösungsvorschlag Aufgabe 2

Verfügbare Zeit: 60 Minuten
Max. Punktzahl: 30

Allgemeiner Hinweis zur Prüfungsaufgabe:

Gefragte Artikelangaben aus Gesetz und Verordnungen sind möglichst genau, d.h. unter Angabe des Artikels mit ev. Absatz und ev. Buchstaben vorzunehmen.

Treuhandbüro Vacances AG

Sie sind seit 4 Jahren als angehende Treuhänderin bzw. angehender Treuhänder bei der Unternehmung Vacances AG angestellt. Ihr Vorgesetzter Jean Schmid hat für 2 Monate unbezahlten Urlaub und Sie sind während dieser Zeit sein Stellvertreter bzw. seine Stellvertreterin.

Herr Schmid betreut verschiedene Kunden, die während seiner Ferienabwesenheit an Sie gelangen.

Aufgabe 1

(3.5 Punkte)

Die Schuhhandel GmbH verkauft über ihren Webshop Schuhe und Schuhzubehör. Die Buchführung erfolgt intern, Herr Schmid betreut die Unternehmung lediglich beim Jahresabschluss.

Leider erfolgte in der Unternehmung ein Wechsel in der Buchhaltung. Die Ehefrau des Geschäftsinhabers, Ida Sommer, möchte sich mit der Buchhaltung vertraut machen und hat folgende allgemeine Fragen zur Buchhaltung:

- a) Frau Sommer wundert sich, dass in der Literatur und in Gesprächen verschiedene Ausdrücke für die Buchhaltung verwendet werden. Erklären Sie ihr bitte in ein bis zwei Sätzen folgende Fachausdrücke:

Buchführung (Fachausdruck nach gesetzlicher Definition):

Die Buchführung ist die Grundlage der Rechnungslegung. Sie erfasst alle Geschäftsvorfälle und übrigen Sachverhalte, die für die Darstellung der wirtschaftlichen Lage (Vermögens-, Finanzierungs- und Ertragslage) des Unternehmens notwendig sind. (Art. 957a OR).

Finanzwesen:

Unter dem Begriff Finanzwesen werden alle Teilbereiche zusammengefasst, die sich mit dem Thema Finanzen befassen. Z.B. Liquiditätssicherung, Controlling, Treasury, Rechnungswesen, etc.

- b) Auf was muss Frau Sommer bei der Führung der Buchhaltung achten? Zählen Sie sechs gesetzliche Grundsätze der ordnungsmässigen Rechnungslegung auf.

1. **Klar und verständlich**
 2. **Vollständig**
 3. **Verlässlich**
 4. **Das Wesentliche enthalten**
 5. **Vorsichtig**
 6. **Kontinuität in Darstellung und Bewertung**
 7. **Verrechnungsverbot**
- (OR Art. 958c)

Aufgabe 2

(2.5 Punkte)

Die bisher erfolgreiche Unternehmung Solar-Technik AG verzeichnet Einbussen wegen den Billig-Importen von Solar-Modulen aus Asien. Sie möchte in Zukunft mehr Geld in die Werbung und Beratung investieren. So hat sie sich entschieden, einen Marketing- und Verkaufsleiter zu akquirieren, der ebenfalls in der Geschäftsleitung integriert sein soll. Damit die Motivation und Anstrengung des neuen Mitarbeiters hoch gehalten werden kann, möchte man ihn nicht fix mit 100% Monatslohn entschädigen, sondern zusätzlich ein Provisionssystem einführen.

- a) Was raten Sie der Unternehmung Solar-Technik, wie der Mitarbeiter entschädigt werden könnte? Zählen Sie drei mögliche Berechnungsmodelle von Provisionsentschädigungen auf.

- **Provision auf Umsatz**
- **Provision auf Gewinn**
- **Provision auf Anzahl Akquisitionen**

- b) Provisionen werden in der Regel nachschüssig ausbezahlt. Nehmen Sie an, die Provisionen vom 4. Quartal werden im Januar des nachfolgenden Jahres ausbezahlt. In welchem Jahr werden die Provisionen in der privaten Steuererklärung veranlagt? Erklären Sie den Sachverhalt in ein bis zwei Sätzen.

Bonuszahlungen werden in dem Jahr besteuert, in welchem der Geldzufluss stattfindet.

Aufgabe 3

(4.5 Punkte)

Ihr Vorgesetzter, Herr Schmid, betreut die Medical Schweiz AG, eine Tochtergesellschaft der Medical GmbH, die ihren Sitz in Deutschland hat. Im Handelsregister sind nebst dem Schweizer Verwaltungsrat (55-jährig), zwei weitere Verwaltungsräte (45-jährig und 60-jährig) mit Wohnsitz in Deutschland eingetragen. Der Schweizer Verwaltungsrat ist nicht operativ tätig. Die beiden ausländischen Verwaltungsräte sind im Mutterhaus zu 100% angestellt. Da die Verwaltungsräte alle zwei Monate Sitzungen haben, möchte man ihnen eine Entschädigung von je CHF 10'000 pro Jahr ausrichten. Der Geschäftsführer kommt zu Ihnen um sich über die Verwaltungsratsentschädigung und deren Behandlung bei den Sozialversicherungen, den obligatorischen Personenversicherungen und den Steuern zu informieren.

- a) Bei welchen Versicherungen und Steuern ist das Honorar des Schweizer Verwaltungsrates zu deklarieren bzw. nicht zu deklarieren? In welchem Gesetzesartikel wird das VR-Honorar im DBG geregelt?

Sozialversicherungen und obligatorische Personenversicherungen:

- **AHV/ALV/IV/EO/FAK**
- **Berufsunfallversicherung**
- **NBUV = nicht korrekt, da ein nicht operativer Verwaltungsrat nicht dem UVG unterstellt ist**
- **BVG = Unter Minimalbeitrag**

Steuern:

- **Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit**

Gesetzesartikel DBG:

DBG Art. 17 Abs. 1

- b) Bei welchen Versicherungen und Steuern ist das Honorar der ausländischen Verwaltungsräte zu deklarieren bzw. nicht zu deklarieren? In welchem Gesetzesartikel wird das ausländische VR Honorar geregelt? Mit welchem %-Satz werden diese VR-Honorare bei der Direkten Bundessteuer abgerechnet?

Sozialversicherungen und obligatorische Personenversicherungen:

Da sie im Ausland als unselbständig Erwerbende angestellt sind, ist in der Schweiz keine Sozialversicherung abzuziehen. Mit dem Formular A1 wird die ausländische Sozialversicherungspflicht bestätigt.

Steuern:

Die ausländischen Verwaltungsräte unterliegen der Quellensteuerpflicht.

Gesetzesartikel DBG:

DBG Art. 93 Abs. 1

Steuersatz in %:

5% (DBG Art. 93 Abs. 3)

- c) Die Medical Schweiz AG möchte den Verwaltungsräten ebenfalls Spesen auszahlen. Nennen Sie zwei Möglichkeiten von Spesenentschädigungen und was beachtet werden sollte.
- **Pauschalspesenzahlungen. Dies muss im Verhältnis zum Verwaltungsratshonorar stehen, in der Regel werden zwischen 4% – 6% akzeptiert.**
 - **Effektive Spesenauszahlung gemäss eingereichten Quittungen.**
 - **Weitere mögliche plausible Antworten**

Aufgabe 4

(4 Punkte)

Die Einzelunternehmung Schreinerei Peter Eicher wurde vor einem Monat neu gegründet und im Handelsregister eingetragen. Der Inhaber Peter Eicher ist mit den vielen Formalitäten überfordert. Auch wird er von verschiedenen Versicherungsagenten angesprochen, die ihre Versicherungsleistungen anbieten möchten.

Herr Eicher hat die Übersicht verloren und möchte von Ihnen eine unabhängige Beratung.

- a) Erklären Sie Herr Eicher den Begriff „Sachversicherung“? Die Feuerversicherung ist ein Bestandteil bzw. eine Unterversicherung der Sachversicherung. Nennen Sie sechs weitere Bestandteile der Sachversicherung.

Erklärung der Sachversicherung:

Die Sachversicherung beinhaltet Schadenfälle an Sachen, z.B. Beschädigung, Diebstahl, Zerstörung.

Bestandteile der Sachversicherung:

- **Elementarschäden (Hochwasser, Überschwemmung, Sturm, Hagel, etc.)**
- **Wasserversicherung (Wasser aus Leitungen, Rückstau, Eindringen von Wasser)**
- **Diebstahlversicherung (Einbruchdiebstahl, Beraubung)**
- **Glasbruchversicherung (Mobiliar-Verglasungen, Lavabos, etc.)**
- **Betriebsunterbruchversicherung (Schäden von Betriebsunterbruch wegen Feuer-, Wasser-, Elementarschäden; Vergütung des entgangenen Netto-Betriebsgewinnes, der Fixkosten, der Personalkosten etc.)**
- **Neuwertversicherung (Versichert Differenz zwischen Zeitwert und Neuwert)**
- **Versicherung der Aufräumkosten (Kosten für Freilegung der Schadenstätte sowie Entsorgungskosten)**

- b) Was beinhaltet die sogenannte Haftpflichtversicherung und wieso ist diese zu empfehlen?

Die Haftpflichtversicherung schützt die versicherten Personen oder Unternehmen, wenn diese Schäden an Dritten oder Sachen anrichten. Jedes Rechtssubjekt haftet also mit ihrem Gesamtvermögen bzw. Geschäftsvermögen für solche Schäden. Deshalb ist der Abschluss einer Haftpflichtversicherung so wichtig.

- c) Herr Eicher hat auch eine Privathaftpflichtversicherung abgeschlossen. Erklären Sie Herrn Eicher, auf welcher gesetzlichen Grundlage die Privathaftpflichtversicherung basiert. Nennen Sie den entsprechenden Gesetzesartikel aus dem Obligationenrecht.

Grundlage dafür bildet der Art. 41 OR: «Wer einem anderen widerrechtlich Schaden zufügt, sei es mit Absicht, sei es aus Fahrlässigkeit, wird ihm zum Ersatze verpflichtet.»

Aufgabe 5

(12 Punkte)

a) Ihr Vorgesetzter füllt ebenfalls Steuererklärungen für Privatpersonen aus. Er hat eine langjährige Beziehung zu Familie Blaser aufgebaut. Leider ist Herr Jean Blaser kurz vor der Pensionierung mit 64 Jahren schwer erkrankt und ist im letzten Monat verstorben. Er hinterlässt seine Ehefrau Irene (60-jährig) und seine zwei erwachsenen Kinder Pierre Blaser, 32-jährig und ledig und Seline Schacher-Blaser, 34-jährig, verheiratet und mit einem Kind (David). Das dritte Kind, Luc Blaser, ist vor ein paar Jahren bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen und hinterlässt seine Ehefrau Ruth mit den zwei Kindern Thomas und Jan und einer Adoptivtochter Alina.

Irene kommt nun zu Ihnen und möchte wissen, wie die Erbteilung aussieht. Sie machen eine Auslegeordnung und haben folgende Sachverhalte sowie Werte notiert:

- Es besteht kein Testament sowie kein Ehe- und Erbvertrag.
- Jean Blaser hat vor der Eheschliessung ein kleines Einfamilienhaus mit einem damaligen Verkehrswert von CHF 250'000 von seinem Onkel geerbt und darin Wohnsitz genommen. Bei der Erbschaft war das Einfamilienhaus mit einer Hypothek von CHF 120'000 belastet. Kurz nach der Heirat hatten sie einige werterhaltende Renovationen getätigt, die sich auf CHF 100'000 beliefen. Die Renovationskosten wurden durch die Erhöhung der bestehende Hypothek um 50% finanziert, sowie mit einer, in diesem Zeitpunkt erhaltenen Erbschaft einer Tante von Irene (CHF 35'000), und aus eigenen Ersparnissen von Jean (CHF 5'000).
- Im Zeitpunkt der Eheschliessung hatte Irene ein langfristiges Wertschriftendepot von CHF 70'000 sowie Barvermögen von CHF 25'000 und Jean ein Barvermögen von CHF 45'000.

Angaben zum Zeitpunkt des Todesfalles von Jean

- Bankguthaben Jean	CHF	62'000
- Bankguthaben Irene	CHF	34'000
- Schmuck Irene, Erbe von Mutter	CHF	5'000
- Auto BMW von Irene und Jean	CHF	44'000
- Stand Wertschriftendepots Irene (der Zuwachs besteht nur aus Kapitalgewinnen)	CHF	110'000
- übriger Hausrat im Wert von (während der Ehe angehäuft)	CHF	58'000
- Kleinkredit zur Finanzierung des neuen Autos	CHF	16'000
- BVG-Todesfallkapital Jean (obligatorischer Teil) (im Zeitpunkt der Heirat: CHF 85'000)	CHF	225'000
- Freizügigkeitskonto Irene (im Zeitpunkt der Eheschliessung: CHF 22'000)	CHF	28'000
- Verkehrswert Einfamilienhaus	CHF	550'000
- Hypothekarschuld (im Zeitpunkt der Eheschliessung: CHF 120'000)	CHF	180'000

Irene Blaser bittet Sie, eine güterrechtliche Auseinandersetzung vorzunehmen. Nehmen Sie auf dem nachfolgenden Raster eine übersichtliche und verständliche Darstellung vor. Für allfällige Berechnungen benützen Sie das nachfolgende Berechnungsblatt. Es werden nur nachvollziehbare Berechnungen bewertet.

Es sind sämtliche Zwischentotale zu berechnen. Beim „Total Vermögen der güterrechtlichen Auseinandersetzung“ ist schliesslich nur der Betrag für den Ehemann und der Betrag für die Ehefrau auszuweisen.

Bezeichnung	Eigengut Mann		Errungenschaft Mann		Eigengut Frau		Errungenschaft Frau	
	+	-	+	-	+	-	+	-
Bankguthaben Jean	45'000		17'000					
Bankguthaben Irene					25'000		9'000	
Schmuck Irene					5'000			
Auto BMW			22'000				22'000	
Wertschriftendepot Irene					110'000			
Hausrat (häufig)			29'000				29'000	
Kleinkredit				8'000				8'000
Einfamilienhaus Jean	550'000							
Hypothekarschulden		180'000						
Ersatzforderung Irene		35'000			35'000			
Mehrwertbeteiligung Ehefrau		20'000			20'000			
Zwischentotal	595'000	235'000	68'000	8'000	195'000		60'000	8'000
Zwischentotal netto	360'000		60'000		195'000		52'000	
Teilung Vorschlag			26'000	30'000			30'000	26'000
Total Errungenschaften			56'000				56'000	
Zusammenstellung:								
Eigengut	360'000				195'000			
zzgl. Errungenschaft netto	56'000				56'000			
Total Vermögen aus güterrechtlicher Auseinandersetzung	416'000				251'000			
Ausserhalb der güterrechtlichen Auseinandersetzung (Begünstigten Theorie)								
BVG-Alterssparkapital / Todesfallkapital	85'000				225'000			
Freizügigkeitskonto Irene					28'000			

Berechnungen Einfamilienhaus Ehemann:

Mehrwertberechnung:

Wert EFH vor Renovation	Fr.	250'000	
Beteiligung Ehemann (Erhöhung Hypothek)	Fr.	60'000	
Beteiligung Ehefrau (aus Eigengut)	Fr.	35'000	
Beteiligung Ehemann (aus Eigengut)	Fr.	<u>5'000</u>	
Total Anlagekosten EFH nach Renovation	Fr.	350'000	100 %
Beteiligung Ehemann somit	Fr.	315'000	90 %
Beteiligung Ehefrau somit	Fr.	35'000	10 %
Verkehrswert anlässlich güterrechtlicher Auseinandersetzung	Fr.	550'000	
./. Anlagekosten	Fr.	<u>350'000</u>	
Mehrwert	Fr.	200'000	
Anspruch Ehefrau 10 %	Fr.	20'000	
Nominalforderung (Beitrag an Renovation)	Fr.	<u>35'000</u>	
Total Eigengut Ehefrau	Fr.	<u>55'000</u>	
Verkehrswert EFH	Fr.	550'000	
./. Hypothek	Fr.	-180'000	
./. Ausgleich Ehefrau	Fr.	<u>-55'000</u>	
Total Eigengut Ehemann	Fr.	<u>315'000</u>	

- b) Zeigen Sie Frau Irene Blaser auf, wer von der Verwandtschaft erbberechtigt ist. Berechnen Sie zudem die Quotenverteilung pro erbberechtigte Person. Benennen Sie die Personen mit Namen.

<u>Erberechtigte</u>	<u>Quote</u>
Irene Blaser	1/2
Pierre Blaser	1/6
Seline Schacher-Blaser	1/6
Luc Blaser (vorverstorben)	
Thomas Blaser	1/18
Jan Blaser	1/18
Alina Blaser	1/18

Aufgabe 6**(3.5 Punkte)**

Der Steuerkunde Fritz Imboden möchte von Ihnen wissen, ob er mit dem in der Steuererklärung deklarierten Vermögen genügend Ersparnisse für die Zukunft hat.

- a) Erklären Sie Fritz Imboden ausführlich das 3-Säulen-Prinzip inkl. Angaben von allfälligen Richtwerten. Steuerliche Aspekte sind nicht aufzuführen.

1. Säule = Existenzsicherung

Die Renten der AHV/IV gewähren allerdings nur eine sichere Existenz, was bedeutet, dass sie den absolut notwendigen Lebensbedarf decken sollen. Wer mit den Renten und aus Vermögen den Unterhalt nicht bestreiten kann, hat seit 1966 Anrecht auf Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Versichert ist die gesamte Wohnbevölkerung, also Arbeitnehmende, Selbständigerwerbende und Nichterwerbstätige.

2. Säule = Sicherung des gewohnten Lebensstandards

Um die gewohnte Lebenshaltung weiterführen und Bedürfnisse, die über die Existenzgrundlage hinausgehen, abdecken zu können, bedarf es zusätzlicher Absicherung. Deshalb entschied der Schweizer Gesetzgeber, per 1. Januar 1985 die Berufliche Vorsorge einzuführen. Damit wurden die Arbeitgeber verpflichtet, ihre Arbeitnehmenden bei einer Vorsorgeeinrichtung zu versichern und, analog zur AHV/IV, mindestens die Hälfte der Beiträge aller Arbeitnehmenden des Unternehmens zu übernehmen. Allerdings sind bei der beruflichen Vorsorge nur Arbeitnehmende obligatorisch versichert, deren Lohn 75% der maximalen Vollrente der AHV übersteigt. Andere Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende können sich freiwillig der beruflichen Vorsorge anschliessen. Nichterwerbstätige können dies nicht.

3. Säule = zusätzliche private Absicherung

Die obligatorischen Leistungen aus der 1. und 2. Säule decken im Alter etwa 60 Prozent des bisherigen Einkommens ab, und zwar nur bis zu einem Einkommen von 84'600 Franken (Stand: 2016). Hinzu kommt, dass aufgrund der demografischen Entwicklung in der Schweiz künftig immer weniger Erwerbstätige für die Finanzierung der Altersleistungen von immer mehr Rentnern aufkommen müssen. Eine individuelle Vorsorge auf privater Basis, die so genannte 3. Säule, gewinnt deshalb zunehmend an Bedeutung.

- b) Erwähnen Sie bitte die gesetzliche Grundlage zum 3-Säulen-Prinzip. Der Artikel ist nicht zu erwähnen.

Das Schweizer Vorsorgesystem ist in Art. 111 ff der schweizerischen Bundesverfassung (BV) geregelt. Dieser Artikel wurde erst im Jahre 1972 verankert.

**Fach 700 Unternehmens- und
Wirtschaftsberatung**

**Lösungsvorschlag
Aufgabe 3**

Unternehmens- und Wirtschaftsberatung: Lösungsvorschlag Aufgabe 3

Verfügbare Zeit: 30 Minuten

Max. Punktzahl: 15

Allgemeiner Hinweis zur Prüfungsaufgabe:

Falls nach Gesetzes- und Verordnungsangaben gefragt wird, sind diese möglichst präzise, unter Angabe des Artikels, der Ziffer, des Absatzes, etc. zu nennen.

Aufgabe 1**(7.5 Punkte)**

Herr und Frau Dörig sind seit Jahren Steuerkunden von Ihnen. Sie sind seit 23 Jahren verheiratet und haben zusammen die beiden volljährigen Söhne Joe (20-jährig) und Noel (22-jährig). Vor ein paar Monaten hat sich das Ehepaar Dörig einvernehmlich getrennt.

Das Ehepaar Dörig hat während der Ehe ein Einfamilienhaus gekauft und rund CHF 120'000.-- gespart. Zudem besitzt Herr Dörig Pensionskassenguthaben von rund CHF 650'000.--, wovon CHF 530'000.-- während der Ehe angespart wurden. Frau Dörig arbeitet seit ca. 10 Jahren Teilzeit und ist ebenfalls bei einer Pensionskasse versichert. Sie verfügt über Pensionskassengelder im Betrag von CHF 270'000.--. Im Zeitpunkt der Eheschliessung betrug das Pensionskassenguthaben CHF 180'000.--. Das Ehepaar lebt unter dem Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung.

Herr Dörig hat mit Ihnen einen Termin vereinbart. Er möchte verschiedene sozialversicherungsrechtliche Fragen in Hinsicht auf die bevorstehende Scheidung klären. Die Scheidung sollte noch dieses Jahr erfolgen.

AHV

- a) Wie heisst der Fachbegriff der Einkommensteilung, die bei einer Scheidung von der AHV-Ausgleichskasse vorgenommen wird?

Splitting oder Teilsplitting

- b) Beschreiben Sie detailliert:

- 1) wie das Verfahren der Einkommensteilung bei der Scheidung funktioniert und
- 2) wie die entsprechende Berechnung durch die AHV-Ausgleichskasse vorgenommen wird.

Verfahren: Das Splitting kann nach der Scheidung bei einer AHV-Ausgleichskasse, bei der man AHV-Beiträge bezahlt hat, verlangt werden. Diese Einkommensteilung kann je-der individuell nach der Scheidung verlangen. Das Formular kann bei jeder Ausgleichs-kasse bezogen werden.

Berechnung: Die AHV-pflichtigen Einkommen sowie die Erziehungsgutschriften, welche die Ehegatten während der Ehejahre erzielt haben, werden je hälftig geteilt und den in-dividuellen Konten der Ehegatten gutgeschrieben.

- c) Frau Dörig betreut seit drei Monaten ihre schwerkranke Mutter und hat deshalb die Erwerbstätigkeit aufgegeben. Was ändert sich für sie mit der Scheidung in Bezug auf die Beitragspflicht? Erklären Sie die Situation im Jahr der Scheidung und im Nachfolgejahr.

Die Beitragspflicht im Jahr der Scheidung gilt durch den Ehepartner noch als erfüllt (Art. 3 Abs. 4 Bst. a AHVG). Ab dem Folgejahr könnte Frau Dörig als Nichterwerbstätige eingestuft werden. Allfällige Betreuungsgutschriften befreien nicht von der Beitragspflicht als Nichterwerbstätige.

- d) Welche Ansprüche kann Frau Keller bei der Ausgleichskasse im Hinblick auf ihre schwerkranke Mutter jährlich geltend machen? Nennen Sie den Begriff und zwei Voraussetzungen für die Berechtigung:

Frau Dörig kann Betreuungsgutschriften beantragen. Diese kann sie bis 5 Jahre rückwirkend geltend machen.

Voraussetzungen:

- **Betreuung von Verwandten (Eltern, Kinder, Geschwister, Grosseltern, Ehegatte)**
- **Person muss pflegebedürftig sein bzw. eine Hillosenentschädigung mittleren oder schweren Grades erhalten**
- **Kurze Distanzen zwischen den Wohnungen (max. 30 km entfernt oder max. 1 Stunde Weg)**
- **Nicht gleichzeitiger Bezug von Erziehungsgutschriften**

Pensionskasse

- e) Wie nennt man die Aufteilung der Pensionskassengelder, wenn beide Ehegatten über Pensionskassenguthaben verfügen?

Vorsorgeausgleich oder Ausgleich der Pensionskassengelder

- f) Berechnen Sie nachvollziehbar die Summe der Pensionskassengelder, die Herr Dörig nach der Scheidung an seine Exfrau zu überweisen hat.

Angespartes Guthaben Ehemann	CHF	530'000.--
Angespartes Guthaben Ehefrau	CHF	90'000.--
Total	CHF	620'000.--
Davon die Hälfte	CHF	310'000.--
Ausgleichszahlung an PK der Ehefrau	CHF	310'000.--
./.	CHF	90'000.--
	CHF	220'000.--

- g) Wie nennt man den Fehlbetrag, der durch den Geldabfluss bei der Pensionskasse für Herrn Keller entsteht?

Vorsorgelücke / Beitragslücke

Aufgabe 2

(7.5 Punkte)

Ihr Kunde Max Meier führt ein Malergeschäft, die Maler Meier AG. Per 1. Oktober 2016 wird er seinen ersten Mitarbeiter (28 Jahre alt) einstellen. Beim Monatslohn haben sich die beiden auf einen Nettolohn von CHF 3'600.-- geeinigt. Nun möchte Herr Meier, dass Sie ihm den Bruttolohn berechnen und eine Lohnabrechnung erstellen. Der Mitarbeiter ist aus Deutschland. Er hat noch nie in der Schweiz gearbeitet und wird hier Wohnsitz nehmen. Jeweils Ende Kalenderjahr wird ein 13. Monatslohn pro rata temporis ausbezahlt.

- a) Herr Meier gibt Ihnen folgende Angaben für die ihm belasteten Prämiensätze der Sozialversicherungen und Steuern, wobei dem Arbeitnehmer soweit gesetzlich erlaubt, die maximal möglichen Abzüge vorzunehmen sind:

SUVA:	BUV:	0.95%
	NBUV:	1.25%
Krankentaggeld:		1.60%
Pensionskasse:		14.00% (Koordinationsabzug ist berücksichtigt)
Quellensteuersatz		5.05%

Berechnungen:

Berechnung Sozialversicherungen:

AHV/IV/EO	5.125%
ALV	1.100%
BVG	7.000%
NBUV	1.250%
KTG	0.800%
QST	5.050%
Total	20.325%

$$100\% \text{ ./. } 20.325\% = 79.675\%$$

$$\frac{\text{CHF } 3600.- \times 100}{79.675} = \text{monatlicher Bruttolohn CHF } 4'518.35$$

Lohnabrechnung Mitarbeiter (Beträge auf 5 Rappen gerundet):

Lohnart	Ansatz %	Währung	Betrag
Bruttolohn		CHF	4'518.35
AHV/IV/EO	5.125	CHF	231.55
ALV	1.100	CHF	49.70
BVG	7.000	CHF	316.30
NBUV	1.250	CHF	56.50
KVG	0.800	CHF	36.15
Quellensteuer	5.050	CHF	228.15
Nettolohn		CHF	3'600.00

- b) Der neue Mitarbeiter hat noch keinen AHV-Ausweis. Wie kommt der Mitarbeiter zu einem solchen Ausweis? Was muss er vorlegen?

Herr Meier muss den Mitarbeiter bei seiner Ausgleichskasse anmelden. Gleichzeitig muss er für den Mitarbeiter einen AHV-Ausweis bestellen. Dies ist direkt über die Homepage der Ausgleichskasse möglich oder mittels Antragsformular. Dazu benötigt er von seinem Mitarbeiter ein gültiges Ausweisdokument (ID, Reisepass, Personalausweis, Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung, Ausländerausweis) mit Angaben zu Personalien, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Geschlecht.

- c) Die Maler Meier AG ist dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) des Maler- und Gipsergewerbe unterstellt. Worauf muss Herr Meier im Arbeitsvertrag eines neuen Mitarbeiters achten? Nennen Sie 3 Vorschriften, die Herr Meier, zusätzlich zu den im OR geregelten Gesetzesartikeln, bei der Erstellung des Arbeitsvertrages überprüfen muss.

Mindestlohnvorschriften

Vertragsinhalt darf nur zu Gunsten des Mitarbeiters vom GAV abweichen

Kündigungsschutz

Höchst Arbeitszeit

Regelung 13. Monatslohn

Fondsbeiträge

weitere plausible Antworten möglich

- d) Herr Meier muss sich ab 1. Oktober 2016 einer Pensionskasse anschliessen, da er einen beitragspflichtigen Mitarbeiter beschäftigt. Er wählt dazu eine Versicherungslösung mit Minimalleistungen. Welchen Jahreslohn muss er der Pensionskasse für den Mitarbeiter melden?

$13 \times \text{CHF } 4'518.35 = \text{CHF } 58'738.55$ (gerundet CHF 58'700.-- oder 58'800.--)

- e) Wie hoch wird der versicherte Jahreslohn bei der Pensionskasse sein?

**$\text{CHF } 58'738.55 \text{ ./. Koordinationsabzug CHF } 24'675.00 = \text{CHF } 34'063.55$
(gerundet CHF 34'025.-- oder CHF 34'125.--)**

- f) Was passiert mit den einbezahlten Pensionskassengeldern (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen), wenn der Mitarbeiter die Arbeitsstelle bei Herrn Meier kündigt und zu einem anderen Arbeitgeber in der Schweiz wechselt?

Die Sparbeiträge muss der Mitarbeiter bei einem Stellenwechsel innerhalb der Schweiz als Freizügigkeitsleistung in die neue Pensionskasse überweisen lassen.

- g) Als Arbeitgeber hat Herr Meier die gesetzliche Pflicht, seinem Mitarbeiter ein Arbeitszeugnis auszustellen. Listen Sie Herrn Meier den vorgeschriebenen Mindestinhalt eines Arbeitszeugnisses auf und nennen Sie den entsprechenden Gesetzesartikel.

Gemäss Art. 330a OR ist der Minimalinhalt eines Arbeitszeugnisses wie folgt:

Art des Arbeitsverhältnisses

Dauer des Arbeitsverhältnisses

Leistungen des Arbeitnehmers

Verhalten des Arbeitnehmers

- h) Welche zwei wesentlichen Grundsätze muss Herr Meier bei der Ausstellung des Arbeitszeugnisses beachten?

**Das Arbeitszeugnis muss objektiv richtig sein
(klar, nicht zweideutig, nicht subjektiv-emotional etc.).**

Die Formulierung muss wohlwollend sein.

Das Arbeitszeugnis muss sowohl der Art des Betriebes, wie auch den Leistungen und dem Verhalten des Mitarbeiters entsprechen.

**Fach 701 Finanzielles Rechnungswesen
und Finanzmanagement**

**Lösungsvorschlag
Teil 1**

Finanzielles Rechnungswesen und Finanzmanagement Teil 1

Verfügbare Zeit: 120 Minuten
Maximale Punktzahl: 60

A Finanzielles Rechnungswesen	30 Punkte
---	------------------

Fall 1	Wertschriftenbuchhaltung	10 Punkte
---------------	---------------------------------	------------------

Information

Die COOL-SCIENCE AG legt überschüssige Liquidität in börsenkotierte Wertpapiere an.

Am 1.1.15 lag im Depot die folgende Position:

60 Aktien SEMANTI AG	Nennwert je Aktie CHF 250.00
Einstandspreis	Total CHF 36'000.00
Bilanzwert am 31.12.14	je Aktie CHF 550.00

Kontenplan

Es dürfen nur die folgenden Konten verwendet werden.

1020 Bankguthaben	6900 Finanzaufwand
1060 Wertschriften	6950 Finanzertrag
1069 Wertberichtigungen Wertschriften	1301 noch nicht erhaltener Ertrag
1176 Verrechnungssteuer	

Arbeitsanweisungen:

- Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.
- Das Konto 1060 Wertschriften wird zu Einstandspreisen geführt.
- Kursgewinne bzw. -verluste sowie die Verrechnungssteuer sind laufend zu buchen.

Aufgabe 1:

Am **16. März 2015** kauft die COOL-SCIENCE AG eine Obligation.
Ermitteln Sie den Kaufpreis.

Kauf Obligation CHF 50'000.00 Schweizerische Eidgenossenschaft 2.25% zum Kurs von 107.80% Coupon bis 06.07.2020 / 1 Auszahlung pro Jahr am 06.07. Spesen CHF 450.00 zuzüglich Marchzins	<table style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 60%;">50'000 x 1.078 =</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">53'900.00</td> </tr> <tr> <td>Spesen</td> <td style="text-align: right;">450.00</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Marchzins</td> </tr> <tr> <td>Jahreszins: 2.25 % / 50'000 = 1'125</td> <td></td> </tr> <tr> <td>250 Tage [½]</td> <td style="text-align: right;">781.25</td> </tr> <tr> <td>Kaufpreis [1]</td> <td style="text-align: right;">55'131.25</td> </tr> </table>	50'000 x 1.078 =	53'900.00	Spesen	450.00	Marchzins		Jahreszins: 2.25 % / 50'000 = 1'125		250 Tage [½]	781.25	Kaufpreis [1]	55'131.25
50'000 x 1.078 =	53'900.00												
Spesen	450.00												
Marchzins													
Jahreszins: 2.25 % / 50'000 = 1'125													
250 Tage [½]	781.25												
Kaufpreis [1]	55'131.25												

Aufgabe 2:

Verbuchen Sie die Kaufabrechnung aus Aufgabe 1.

Nr.	Soll	Haben	Betrag
1	1060 Wertschriften [½]	1020 Bankguthaben	53'900.00
2	6900 Finanzaufwand [½]	1020 Bankguthaben	450.00
3	6950 Finanzertrag [½]	1020 Bankguthaben	781.25

Information

Im Wertschriftendepot der COOL-SCIENCE AG werden die nachfolgenden Bewegungen verzeichnet:

Vorgang	Beschreibung
1	Generalversammlung der SEMANTI AG: Auszahlung einer Dividende von 10 %. Fälligkeit am 15. April 2015
2	Die Coupons der 2.25% Schweizerische Eidgenossenschaft sind fällig.
3	Verkauf von 20 Aktien der SEMANTI AG zu CHF 590.00. Bankspesen CHF 320.00
4	Börsenwerte 31. Dezember 2015: Aktienkurs der SEMANTI AG CHF 570.00 Kurs der 2.25% Obligation 105.00%

Aufgabe 3:

Verbuchen Sie die Vorgänge 1 bis 4.

Die COOL-SCIENCE AG macht von ihrem Wahlrecht Gebrauch und bilanziert gemäss Art. 960b Abs. 2 OR zum Börsenkurs.

► Die Anzahl Zeilen muss nicht mit der Lösung übereinstimmen.

Nr.	Soll	Haben	Betrag
1 a	1020 Bankguthaben	6950 Finanzertrag [½]	975.00
b	1176 Verrechnungssteuer	6950 Finanzertrag [½]	525.00
2 a	1020 Bankguthaben	6950 Finanzertrag [½]	731.25
b	1176 Verrechnungssteuer	6950 Finanzertrag [½]	393.75
3 a	1020 Bankguthaben	1060 Wertschriften [½]	11'800.00
b	6900 Finanzaufwand	1060 Wertschriften [½]	200.00
c	1069 WB Wertschriften	6950 Finanzertrag [1]	1'000.00
d	6900 Finanzaufwand	1020 Bankguthaben [½]	320.00
4 a	6900 Finanzaufwand	1069 WB Wertschriften [1]	600.00
b	1301 noch nicht erhaltener Ertrag	6950 Finanzertrag [1]	543.75

Aufgabe 4:

Führen Sie die Konten 1060 Wertschriften und 1069 Wertberichtigungen Wertschriften für die Aufgaben 1 bis 3 im Jahr 2015:

1060 Wertschriften		1069 Wertberichtigungen Wertschriften	
36'000			3'000
53'900		1'000	
	11'800		
	200		600

Korrekte Kontenführung [1/2]

vor 1.1.15: Kauf von 60 Semanti Aktien zu CHF 36'000. Einstandspreis je Aktien: CHF 600.—.

Buchwert am 1.1.15

$$36'000 - 3'000 = 33'000 \quad (60 \times 550)$$

Verkauf von 20 Semanti Aktien zu CHF 590.—
zu Einstandspreisen 20 x CHF 600.—
Kursverlust 20 x CHF 10.—

CHF 11'800.—
CHF 12'000.—
CHF 200.—

Bilanzwert am 31.12.15

Semanti AG 40 x 570 = 22'800
Obli 50'000 x 1.05 = 52'500
Total 75'300

Ausgewiesener Buchwert

Saldo 1060 77'900
Saldo 1069 - 2'000
Buchwert vor Korrektur 75'900

Bildung von WB 600

4 b) Zinsrundung TA

Berechnung Tage: von 6.7. bis 31.12. = 24 + (5 x 30) = 174 Tage

Jahreszins: $1'125 / 360 \times 174 = 543.75$

Fall 2

Liquidation

4 Punkte

Information

Vor vier Jahren haben Sie treuhänderisch für einen Professor der Universität Zürich die RARELL-NESS AG gegründet. Zweck der Gesellschaft ist die Erforschung von besonderen Krankheiten.

Die Gesellschaft wurde mit einem Kapital von CHF 150'000 gegründet, eingeteilt in 15'000 Namenaktien zu je CHF 10. Dieses wurde zum grossen Teil für Anschaffungen (Laborgeräte, Möbel, etc.) sowie für Löhne und Miete verwendet. Im zweiten Jahr musste eine Kapitalerhöhung über insgesamt CHF 30'000 zur Sicherstellung der Liquidität durchgeführt werden, dabei wurden 3'000 Namenaktien zu je CHF 10 zum Ausgabepreis von CHF 20 liberiert.

Nun fasste der Verwaltungsrat den Entscheid, die Firma zu liquidieren. Sie werden als Treuhänder beauftragt, diesen Beschluss umzusetzen.

Sie verkaufen das Mobiliar und können für die erzielten Forschungsergebnisse einen guten Preis bei einem grossen Pharmazeutika-Konzern lösen.

Dank den guten Verkaufserlösen ist nun ein Liquidationsüberschuss entstanden. Während der Liquidationsphase sind keine Eigenkapitalrückzahlungen vorgenommen worden. Alle Verbindlichkeiten sind getilgt.

Aktiven		Liquidationsschlussbilanz		Passiven
Umlaufvermögen		Fremdkapital		
Liquide Mittel	235'000	Eigenkapital		
		Aktienkapital		180'000
Anlagevermögen		Gesetzliche Kapitalreserve		30'000
		Gesetzliche Gewinnreserve		2'000
		Kumulierte Verluste		-18'000
		Bilanzgewinn		41'000
Bilanzsumme	235'000	Bilanzsumme		235'000

Aufgabe 5: auf zwei Nachkommastellen genau

Bestimmen Sie die folgenden Kenngrössen:

5.1	Liquidationserlös pro Aktie. (auf Rappen genau)	liquide Mittel 235'000 / 18'000 Aktien = CHF 13.06 [$\frac{1}{2}$]
5.2	Liquidationsüberschuss	liquide Mittel 235'000 – Aktienkapital 180'000 = CHF 55'000 [$\frac{1}{2}$]

Aufgabe 6:

Sie beginnen nun mit der Auflösung der Gesellschaft. Vorab buchen Sie die kumulierten Verluste aus. Dann zahlen Sie die Aktionäre aus.

Verbuchen Sie die Liquidation fachlich korrekt.

Zusätzlich zu den Konten der Bilanz weiter verwendbare Konten:

Kreditor Verrechnungssteuer
Kontokorrent Aktionäre

Nr.	Soll	Haben	Betrag
1	Bilanzgewinn	kumulierte Verluste	18'000
2	Aktienkapital	Liquide Mittel	180'000
3	gesetzliche Kapitalreserve	Liquide Mittel	30'000
4	Gesetzliche Gewinnreserve	Bilanzgewinn	2'000
5	Bilanzgewinn	Kreditor Verrechnungssteuer	8'750
6	Bilanzgewinn	Kontokorrent Aktionäre	16'250
7	Kreditor Verrechnungssteuer	Liquide Mittel	8'750
8	Kontokorrent Aktionäre	Liquide Mittel	16'250

Bewertung: [3] Abzüge [-1] Verrechnungssteuer nicht korrekt
 [-1] Kapitalrückzahlung
 [-1] liquide Mittel nicht Null

liquide Mittel	235'000	
- Aktienkapital	180'000	
= Liquidationsüberschuss	55'000	
- gesetzliche Kapitalreserve	30'000	
= Gewinnreserve	25'000	100 %
Verrechnungssteuer	8'750	35 %

Liquide Mittel	235'000
Rückzahlung Einlagen	210'000
Rest für Gewinnausschüttung	25'000

Fall 3

Internes Kontrollsystem (IKS)

3 Punkte

Aufgabe 7

Ergänzen Sie den nachfolgenden Lückentext mit den sechs Begriffen, indem Sie den **korrekten Buchstaben** eintragen. Der Deklination ist keine Beachtung zu schenken.

A Corporate Governance	B COSO	C Compliance
D Controlling	E externe Revision	F Verwaltungsrat

Das interne Kontrollsystem – IKS – dient dazu, Fehlentwicklungen und Schäden von einem Unternehmen durch organisatorische Massnahmen abzuwenden. Als Grundlage dafür dienen vorgeschlagene Kontrollsysteme wie B COSO. Ferner dient das IKS dazu, die Transparenz im Unternehmen zu erhöhen. Wichtige Grundsätze wie Vier-Augen-Prinzip, Risikoorientierung oder Funktionentrennungen zählen zu dessen wesentlichen Merkmalen. Das interne Kontrollsystem hat folgende Ziele:

- Sicherung der Funktionsfähigkeit von Geschäftsprozessen
- Zuverlässigkeit von internen Informationen
- Vermögenssicherung
- Regeleinhaltung (C Compliance)

Für die Erstellung und Überwachung der Betriebsbuchhaltung ist D das Controlling verantwortlich. Es stellt der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat verschiedene Informationen für zentrale Entscheidungen zur Verfügung.

Die interne Revision sind die «Augen und Ohren» F des Verwaltungsrates; die E externe Revision übernimmt einen gesetzlichen Auftrag. Beide Unternehmensinstanzen bilden auch die zentralen Überwachungsinstrumente einer starken A Corporate Governance.

Fall 4

Kern-FER

13 Punkte

Information

Der befreundete Controller der DENTICARE AG fragt Sie an, ob Sie seiner Chefin die nachfolgenden Fragen zum Thema **Kern-FER** beantworten können. Sie stimmen zu.

Aufgabe 8:

8.1 [4]

Aus dem Rahmenkonzept

Wie lauten die **Fachbegriffe**, die auf die nachfolgende Beschreibung passen:

a.	Die Aktiven sowie die Passiven, wie auch der Aufwand und Ertrag sind gesondert (separat) auszuweisen.	Bruttoprinzip (Verrechnungsverbot)
b.	Von zwei möglichen Werten ist auf der Aktivseite stets der tiefere zu wählen.	Vorsichtsprinzip
c.	Der Aufwand und der Ertrag sind unabhängig vom Zeitpunkt der Zahlung zu erfassen.	Periodengerechtigkeit (zeitliche Abgrenzung)
d.	Eine Unternehmung erstellt eine Bilanz auf der Basis von Fortführungswerten, da sie der Auffassung ist, in den kommenden 12 Monaten weiter zu existieren.	Fortführung (Going Concern)

8.2 [4]

Aus FER 1 - Grundlagen

Die Leitungsorgane der nachfolgenden Unternehmen haben sich entschlossen, Swiss GAAP FER anzuwenden. Welche Module von Swiss GAAP FER müssen bei den nachfolgenden Sachverhalten **mindestens zwingend** im **Jahresabschluss 2015** eingehalten werden:

Bilanzsumme in Millionen Franken
 Jahresumsatz in Millionen Franken
 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt
 Kern-FER = Rahmenkonzept und FER 1-6

Markieren Sie das Modul oder die Module deutlich mit ☒.

lit.	Kriterium	2013	2014	2015	einzuhaltende Module
a.	Tochterunternehmung eines Konzerns Bilanzsumme Jahresumsatz Vollzeitstellen	9 16 32	9 18 38	12 23 55	☒ Kern-FER ☐ FER 10-27 und 41 ☒ FER 30 Konzernrechnung ☐ alle Standards
b.	Börsenkotiertes Unternehmen Bilanzsumme Jahresumsatz Vollzeitstellen	125 36 450	120 28 360	110 24 300	☐ Kern-FER ☐ FER 10-27 und 41 ☐ FER 30 Konzernrechnung ☒ alle Standards
c.	Immobilienunternehmen Bilanzsumme Jahresumsatz Vollzeitstellen	80 16 8	82 17 8	85 18 9	☒ Kern-FER ☐ FER 10-27 und 41 ☐ FER 30 Konzernrechnung ☐ alle Standards
d.	Unternehmen der Import/Export-Branche Bilanzsumme Jahresumsatz Vollzeitstellen	11 22 45	9 23 55	11 19 60	☒ Kern-FER ☒ FER 10-27 und 41 ☐ FER 30 Konzernrechnung ☐ alle Standards

a.
Mitglied eines Konzerns: FER 30 / 10-20-50 erstmals im 2015 überschritten

b.
Börsenkotierte Unternehmungen alle Standards

c.
nur Bilanzsumme übersteigt den Schwellenwert

d.
Kleine Unternehmen Kern-FER
= 2 der nachfolgenden Kriterien in
2 aufeinanderfolgenden Jahren nicht überschreiten:
Bilanzsumme 10 Mio CHF
Jahresumsatz 20 Mio CHF
50 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt
Es müssen nicht die gleichen Kriterien sein.

8.3 [3]

Aus FER 4 – Geldflussrechnung

Wie lauten die **Fachbegriffe**, die auf die nachfolgende Beschreibung passt:

a.	Aus der betrieblichen Tätigkeit wird folgende Berechnung vorgenommen: <i>Liquiditätswirksamer Ertrag minus liquiditätswirksamer Aufwand</i>	Cashflow aus operativer Tätigkeit direkte Methode Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit
b.	Zur Mittelgesamtheit gehören: Flüssige Mittel abzüglich der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten (Kontokorrente).	Fonds Netto Flüssige Mittel
c.	Hier werden die Käufe und Verkäufe im Anlagevermögen aufgezeigt.	Investitionsbereich

8.4 [2]

Aus FER 5 – Ausserbilanzgeschäfte

Entscheiden Sie bei jeder Aussage ob diese im Sinne von Swiss GAAP FER richtig oder falsch sind.

a.	Zukünftige Mietzinszahlungen, welche sich auf einen Vertrag mit einer festen Restlaufzeit von 8 Jahren stützen, sind im Anhang unter dem Titel Ausserbilanzgeschäft aufzuführen.	<input checked="" type="checkbox"/> richtig <input type="checkbox"/> falsch
b.	Der mit einem Hauptlieferanten abgeschlossene Vertrag über eine Einkaufsverpflichtung stellt eine Eventualverpflichtung dar und ist im Anhang offen zu legen.	<input type="checkbox"/> richtig <input checked="" type="checkbox"/> falsch
c.	Die Bewertungsgrundsätze der Leasingverpflichtungen sind im Anhang der Jahresrechnung unter dem Titel Ausserbilanzgeschäfte aufzuführen.	<input checked="" type="checkbox"/> richtig <input type="checkbox"/> falsch
d.	Wir haben Warendermingsgeschäfte abgeschlossen. Nun droht aus diesem schwebenden Geschäft ein grosser Verlust. Wir weisen diese Rückstellung im Anhang aus.	<input type="checkbox"/> richtig <input checked="" type="checkbox"/> falsch

B Finanzmanagement**30 Punkte****Fall 5****Bilanzgliederung und -analyse****15 Punkte****Information**

Ihr Kunde, die COOL-SCIENCE AG stellt ein Spezialgerät zur Energiegewinnung her. Sie erhalten nun von Ihrem Kunden eine Saldobilanz. ► **Anhang A**

Aufgabe 9:

je korrekte Zuordnung [¼]

11.25 Pkt.

Erstellen Sie aus der in Anhang A abgebildeten Saldobilanz eine nach den **Vorgaben von Art. 959a und Art. 959b OR korrekte Bilanz und Erfolgsrechnung** für das Geschäftsjahr 2015.

Bilanz I (vor Gewinnverwendung)	Details zur Ihrer Lösung	31.12.2015	31.12.2014
AKTIVEN		KCHF	KCHF
UMLAUFVERMÖGEN			
Flüssige Mittel	35	35	15
Kurzfristig gehaltene Aktiven mit Börsenkurs	10	10	8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	152-15	137	142
Übrige kurzfristige Forderungen		0	0
Vorräte und nicht fakturierte Dienstleistungen	20+16+24	60	52
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5	5	7
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN		247	224
<i>in % der Bilanzsumme</i>			18%
ANLAGEVERMÖGEN			
Finanzanlagen	12	12	13
Beteiligungen	48	48	45
Sachanlagen	100+830+150+80-250-30	880	900
Immaterielle Werte	18+40	58	60
Nicht einbezahltes Aktienkapital		0	0
TOTAL ANLAGEVERMÖGEN		998	1'018
<i>in % der Bilanzsumme</i>			82%
TOTAL AKTIVEN		1'245	1'242

PASSIVEN	Details zur Ihrer Lösung	31.12.2015 KCHF	31.12.2014 KCHF
KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-75	75	68
Kurzfristige verzinsliche Verbindlichkeiten		0	0
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	-10+-8	18	22
Passive Rechnungsabgrenzungen		0	0
Rückstellungen (kurzfristig)	-10	10	0
TOTAL KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL		103	90
<i>in % der Bilanzsumme</i>			7%
LANGFRISTIGES FREMDKAPITAL			
Langfristige verzinsliche Verbindlichkeiten	-250+-300	550	550
Übrige langfristige Verbindlichkeiten		0	0
Rückstellungen sowie vom Gesetz vorgesehene ähnliche Positionen	-55	55	45
TOTAL LANGFRISTIGES FREMDKAPITAL		605	595
<i>in % der Bilanzsumme</i>			48%
TOTAL FREMDKAPITAL		708	685
<i>in % der Bilanzsumme</i>			
EIGENKAPITAL			
Aktienkapital	-350+-80	430	430
Gesetzliche Kapitalreserve	-18	18	15
Gesetzliche Gewinnreserve	-12	12	8
Freiwillige Gewinnreserven (kumulierte Verluste)	-36	36	34
Eigene Aktien		0	0
Jahresgewinn	-41	41	70
TOTAL EIGENKAPITAL		537	557
<i>in % der Bilanzsumme</i>			45%
TOTAL PASSIVEN		1'245	1'242

Erfolgsrechnung		2015
		CHF
Nettoerlöse aus Lieferungen und Leistungen	-1630+12	1'618
Bestandesänderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen sowie an nicht fakturierten Dienstleistungen	18	-18
Übriger betrieblicher Ertrag		0
Betriebsertrag (Gesamtleistung)		1'600
Materialaufwand	-669	-669
Bruttogewinn		931
Personalaufwand	450	-450
Übriger betrieblicher Aufwand	-148+-25+-104+-36+-18	-331
Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Wertberichtigungen auf dem Anlagevermögen (EBITDA)		150
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Positionen des Anlagevermögens	-112	-112
Betriebsergebnis (EBIT)		38
Finanzertrag	-6	6
Finanzaufwand		0
Ordentliches Ergebnis (Betr. Ergebnis vor Steuern)		44
Betriebsfremder Ertrag		0
Betriebsfremder Aufwand		0
Erträge aus Forschungsprojekten		0
Ausserord., einmaliger oder periodenfremder Ertrag	-18	18
Ausserord., einmaliger oder periodenfremder Aufwand	12	-12
Jahresgewinn oder Jahresverlust (–) vor Steuern		50
Direkte Steuern	9	-9
Jahresgewinn oder Jahresverlust (–)		41

Aufgabe 10

3 x [1¼]

Berechnen Sie mit den Zahlen aus der Bilanz der Aufgabe 9 per **31. Dezember 2014** die nachfolgenden Kennzahlen:

10.1	Analyse der Liquidität				
a)	Berechnen Sie den Liquiditätsgrad 2.		(auf zwei Nachkommastellen genau)		
	flüssige Mittel	15			
	kurzfr. gehaltene Aktien mit Börsenkurs	8			
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	142			
	aktive Rechnungsabgrenzung	7	172		
	im Verhältnis zu Fremdkapital kurzfristig		90		191,11 %
	[¾]				
b)	Beurteilen Sie den Liquiditätsgrad 2.				
	Richtwert 100 %				
	Der Liquiditätsgrad 2 ist mit 191,11 % sehr gut.				
	[½]				

10.2	Analyse der Finanzierung				
a)	Berechnen Sie den Fremdfinanzierungsgrad.		(auf zwei Nachkommastellen genau)		
	Fremdkapital	685			
	Bilanzsumme	1'242			55,15 %
	[¾]				
b)	Nennen Sie zwei Massnahmen, welche den Fremdfinanzierungsgrad verbessern.				
	Kapitalerhöhung / Rückzahlung von Schulden / Abbau von langfristigem Fremdkapital				
	[½]				

10.3	Analyse zur Einhaltung der goldenen Bilanzregel.			
a)	Berechnen Sie den Anlagedeckungsgrad 2. (auf zwei Nachkommastellen genau)			
	Eigenkapital	557		
	Fremdkapital langfristig	595	1'152	
	Anlagevermögen		1'018	113,16 %
	[³ / ₄]			
b)	Nennen Sie zwei Massnahmen, welche den Anlagedeckungsgrad 2 verbessern.			
	Kapitalerhöhung / Aufnahme von Fremdkapital langfristig Verkauf von Anlagevermögen / Abschreibungen erhöhen			
	[¹ / ₂]			

Fall 6

Statische Investitionsrechnung

7 Punkte

Information

Der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Lac Léman liegen zwei Offerten für den Neubau eines mittel-grossen Motorschiffes vor.

Das Schiff A kann von einer Werft am Lac Léman gebaut werden, während das Schiff B noch transportiert und vor Ort zusammengesetzt werden muss.

Es wird ein **kalkulatorischer Zinssatz von 8 %** angewendet.
Der Einsatz der Schiffe (**Nutzungsdauer**) wird auf **15 Jahre** geschätzt.

Die Schifffahrtsgesellschaft unterscheidet den Einsatz der Schiffe nach «Kurs» und «Charter». Der Kurs führt die Linienschifffahrt (Liniendienst) durch, welche von Bund und Kanton subventioniert ist. Beim Charter werden Schiff und Besatzung an Dritte vermietet.

Spezifikation	Schiff A	Schiff B
Länge über alles	49 m	52 m
Breite	8.80 m	9.10 m
Gewicht	112,5 t	107,0 t
Passagierzahl (maximale Anzahl Passagiere)	300	320
Kaufpreis (ab Fabrik)	8.625 Mio. CHF	7.450 Mio. CHF
Kosten bis zur Inbetriebnahme		
Transport	–	CHF 750'000
Zusammenbau	–	CHF 150'000
Inbetriebnahme	CHF 125'000	CHF 100'000
Anzahlung (1 Jahr im Voraus)	2.5 Mio. CHF	1.5 Mio. CHF
Kurs (Liniendienst)		
Anzahl Fahrtage im Liniendienst	250	250
Auslastung pro Fahrtage im Liniendienst	35 %	35 %
Durchschnittlicher Deckungsbeitrag pro Passagier	CHF 45.70	CHF 47.70
Kosten pro Fahrtage: Personal / Treibstoff / Versicherung	CHF 1'800	CHF 2'050
jährliche Subventionen von Bund und Kanton	CHF 70'000	CHF 80'000
Charter		
Deckungsbeitrag pro Jahr	CHF 100'000	CHF 130'000
Unterhalt und Reparatur		
in Jahren ohne Revisionen	CHF 30'000	CHF 35'000
Revision im 5. Jahr total	CHF 150'000	CHF 160'000
Revision im 10. Jahr total	CHF 300'000	CHF 300'000
Restwert am Ende der Nutzungsdauer	2.0 Mio. CHF	2.15 Mio. CHF

Aufgabe 11

$$10 \times [\frac{1}{2}] + 2 \times [1] = 7$$

11.1	Betriebswirtschaftliche Fragen	
a)	Mit welchem Deckungsbeitrag I wird bei jedem Schiff aus der Sparte «Kurs» geplant?	
	Schiff A	
	$((250 * (300 \times .35) = 26'250 \text{ PAX}) * 45.70$	1'199'625
	Schiff B	
	$((250 * (320 \times .35) = 28'000 \text{ PAX}) * 47.70$	1'335'600
b)	Mit welchen jährlichen fixen Kosten für den Betrieb (ohne Verzinsung und ohne Abschreibungen) ist durchschnittlich je Schiff und Jahr zu rechnen?	
	Schiff A	
	$(13*30'+150'+300' = 840'/15 = 56'+(250 * 1'800= 450') =$	506'000
	Schiff B	
	$(13*35'+160'+300' = 915'/15 = 61'+(250 * 2'050= 512'500) =$	573'500
11.2	Wie gross ist der Kapitaleinsatz (Investitionsbetrag) je Schiff?	
	Schiff A	
	$8'625' + 125' =$	8'750'000
	Schiff B	
	$7'450' + 1'000' =$	8'450'000

11.3	Berechnen Sie den jährlichen Zinsbetrag (Zinskosten) je Schiff?	
	Schiff A	
	$(8'750' + 2'000') / 2 = 5'375'$, davon 8 %	430'000
	Schiff B	
	$(8'450' + 2'150') / 2 = 5'300'$, davon 8 %	424'000

11.4	Wie gross ist die jährliche Abschreibung je Schiff?	
	Schiff A	
	$(8'750' - 2'000') / 15 =$	450'000
	Schiff B	
	$(8'450' - 2'150') / 15 =$	420'000

11.5	Welchen jährlichen Erfolg lässt sich je Schiff erwirtschaften? Bezeichnen Sie diesen als Gewinn oder Verlust.	
	Schiff A	
	$1'199'625 + 100'000 + 70'000 = 1'369'626 - 506'000 - 430'000 - 450'000$	Verlust -16'375
	Schiff B	
	$1'335'600 + 130'000 + 80'000 = 1'545'600 - 573'500 - 424'000 - 420'000$	Gewinn 128'100

Fall 7

Dynamische Investitionsrechnung

8 Punkte

Information

Ein halbes Jahr später steht erneut ein Investitionsentscheid an. Diesmal geht es um die Ablösung einer kleineren Einheit mit einer Kapazität von rund 50 Passagieren für den lokalen Liniendienst.

Ihnen werden die folgenden Informationen zur Verfügung gestellt:

Spezifikation	Schiff C	Schiff D
Länge über alles	19 m	21 m
Breite	3.80 m	3.80 m
Gewicht	24 t	27 t
Passagierzahl (maximale Anzahl Passagiere)	48	52
Kaufpreis (ab Fabrik)	CHF 700'000	CHF 600'000
Kosten bis zur Inbetriebnahme	CHF 20'000	CHF 80'000
Anzahlung (1 Jahr im Voraus)	CHF 200'000	CHF 150'000
geplante Erträge aus Liniendienst pro Jahr	CHF 160'000	CHF 160'000
Subventionen	CHF 25'000	CHF 20'000
Kosten Fahrbetrieb pro Jahr	CHF 70'000	CHF 70'000
Unterhalt und Reparatur		
in Jahren ohne Revisionen	CHF 5'000	CHF 6'000
Im 3. Jahr: Unterhalt inklusive Revision	CHF 30'000	CHF 45'000
Im 7. Jahr: Unterhalt inklusive Revision	CHF 40'000	CHF 50'000
Restwert am Ende der Nutzungsdauer	CHF 100'000	CHF 120'000
Nutzungsdauer	10 Jahre	10 Jahre
kalkulatorischer Zinssatz	8 %	8 %

Aufgabe 12

5

Berechnen Sie auf zwei Nachkommastellen genau den **Netto-Barwert** (Net Present Value / NPV) je Schiff und bestimmen Sie, für welches Projekt Sie sich entscheiden würden, wenn nur monetäre Faktoren zum Tragen kommen.

Zahlungsströme	Schiff C	Schiff D	BWF [1]	Schiff C	Schiff D
Vorauszahlung [½]	-200'000.00	-150'000.00	1.080000	-216'000.00	-162'000.00
Zahlung Rest [½]	-500'000.00	-450'000.00	1.000000	-500'000.00	-450'000.00
Inbetriebnahme [½]	-20'000.00	-80'000.00	1.000000	-20'000.00	-80'000.00
Jahr 1 [½]	110'000.00	104'000.00	0.925926	101'851.86	96'296.30
Jahr 2 [½]	110'000.00	104'000.00	0.857339	94'307.29	89'163.26
Jahr 3 [½]	85'000.00	65'000.00	0.793832	67'475.72	51'599.08
Jahr 4	110'000.00	104'000.00	0.735030	80'853.30	76'443.12
Jahr 5	110'000.00	104'000.00	0.680583	74'864.13	70'780.63
Jahr 6	110'000.00	104'000.00	0.630170	69'318.70	65'537.68
Jahr 7 [½]	75'000.00	60'000.00	0.583490	43'761.75	35'009.40
Jahr 8	110'000.00	104'000.00	0.540269	59'429.59	56'187.98
Jahr 9	110'000.00	104'000.00	0.500025	55'002.74	52'002.59
Jahr 10 [½]	210'000.00	224'000.00	0.463193	97'270.53	103'755.23
* Total	420'000.00	397'000.00		8'135.61	4'775.27

Schiff C: Net Present Value / NPV / Nettobarwert [½]	CHF 8'135.61	<input checked="" type="checkbox"/> Entscheid [½]
Schiff D: Net Present Value / NPV / Nettobarwert [½]	CHF 4'775.27	<input type="checkbox"/> Entscheid

Aufgabe 13

Welchen Liquidationserlös müsste das Schiff der schlechteren Variante erzielen, damit beide Angebote den gleichen Netto-Barwert (Net Present Value) erzielen würden?
(Auf Tausend Franken kaufmännisch runden)

Schiff C = CHF 8'135.61 = besser
Schiff D = CHF 4'775.27 = um CHF 3'360.34 schlechter

Rentenbarwertfaktor: 0.463193 [½]

Barwert: 3'360.34 / 0.463193 = CHF 7'254.72 -> CHF 7'000.00

Schiff D müsste einen Liquidationserlös von (CHF 120'000 + 7'000 =) **CHF 127'000** erzielen [1]

Anhang

Abzinsungsfaktor

Gegenwartswerte einer Zahlung von CHF 1.00, fällig Ende Jahr

Jahre/Année	2%	4%	6%	8%	10%	12%	14%	16%
1	0.980392	0.961538	0.943396	0.925926	0.909091	0.892857	0.877193	0.862069
2	0.961169	0.924556	0.889996	0.857339	0.826446	0.797194	0.769468	0.743163
3	0.942322	0.888996	0.839619	0.793832	0.751315	0.711780	0.674972	0.640658
4	0.923845	0.854804	0.792094	0.735030	0.683013	0.635518	0.592080	0.552291
5	0.905731	0.821927	0.747258	0.680583	0.620921	0.567427	0.519369	0.476113
6	0.887971	0.790315	0.704961	0.630170	0.564474	0.506631	0.455587	0.410442
7	0.870560	0.759918	0.665057	0.583490	0.513158	0.452349	0.399637	0.353830
8	0.853490	0.730690	0.627412	0.540269	0.466507	0.403883	0.350559	0.305025
9	0.836755	0.702587	0.591898	0.500249	0.424098	0.360610	0.307508	0.262953
10	0.820348	0.675564	0.558395	0.463193	0.385543	0.321973	0.269744	0.226684
11	0.804263	0.649581	0.526788	0.428883	0.350494	0.287476	0.236617	0.195417
12	0.788493	0.624597	0.496969	0.397114	0.318631	0.256675	0.207559	0.168463
13	0.773033	0.600574	0.468839	0.367698	0.289664	0.229174	0.182069	0.145227
14	0.757875	0.577475	0.442301	0.340461	0.263331	0.204620	0.159710	0.125195
15	0.743015	0.555265	0.417265	0.315242	0.239392	0.182696	0.140096	0.107927

Rentenbarwertfaktor

Gegenwartswert eines Zahlungsstromes von jährlich CHF 1.00, fällig jeweils Ende Jahr während n Jahren

Jahre/Année	2%	4%	6%	8%	10%	12%	14%	16%
1	0.980392	0.961538	0.943396	0.925926	0.909091	0.892857	0.877193	0.862069
2	1.941561	1.886095	1.833393	1.783265	1.735537	1.690051	1.646661	1.605232
3	2.883883	2.775091	2.673012	2.577097	2.486852	2.401831	2.321632	2.245890
4	3.807729	3.629895	3.465106	3.312127	3.169865	3.037349	2.913712	2.798181
5	4.713460	4.451822	4.212364	3.992710	3.790787	3.604776	3.433081	3.274294
6	5.601431	5.242137	4.917324	4.622880	4.355261	4.111407	3.888668	3.684736
7	6.471991	6.002055	5.582381	5.206370	4.868419	4.563757	4.288305	4.038565
8	7.325481	6.732745	6.209794	5.746639	5.334926	4.967640	4.638864	4.343591
9	8.162237	7.435332	6.801692	6.246888	5.759024	5.328250	4.946372	4.606544
10	8.982585	8.110896	7.360087	6.710081	6.144567	5.650223	5.216116	4.833227
11	9.786848	8.760477	7.886875	7.138964	6.495061	5.937699	5.452733	5.028644
12	10.575341	9.385074	8.383844	7.536078	6.813692	6.194374	5.660292	5.197107
13	11.348374	9.985648	8.852683	7.903776	7.103356	6.423548	5.842362	5.342334
14	12.106249	10.563123	9.294984	8.244237	7.366687	6.628168	6.002072	5.467529
15	12.849264	11.118387	9.712249	8.559479	7.606080	6.810864	6.142168	5.575456

Anhang A

Konten	Saldo in KCHF	
	Soll	Haben
Abschreibungen	112	
Aktienkapital		350
Aktivdarlehen an Mitarbeiter	12	
Anzahlungen an Warenlieferanten	20	
ausserordentlicher Aufwand	12	
ausserordentlicher Ertrag		18
Bestandesänderungen Halb- und Fertigfabrikate	18	
Beteiligungen	48	
Debitoren	152	
Debitorenverluste	12	
Delkredere		15
Dividenden		10
Energie- und Entsorgungsaufwand	18	
Erlös aus Lieferung und Leistung		1630
Fahrzeuge	100	
Finanzerfolg		6
gesetzliche Gewinnreserven		12
gesetzliche Kapitalreserven		18
freiwillige Gewinnreserven		36
Goodwill	18	
Halb- und Fertigfabrikate	16	
Hypotheken		250
Immobilien	830	
Kreditoren		75
kurzfristige Rückstellungen		10
langfristige Rückstellungen		55
liquide Mittel	35	
Maschinen	150	
Mobilien	80	
Obligationsanleihe		300
Partizipationskapital		80
Patente, Lizenzen	40	
Personalaufwand	450	
Raumaufwand	148	
Rohmaterial	24	
Rohmaterialaufwand	669	
Steueraufwand	9	
Transitorische Aktiven (Geldguthaben)	5	
Unterhalt, Reparatur und Ersatz	25	
Vertriebsaufwand	104	
Verwaltungsaufwand	36	
Vorauszahlungen von Kunden		8
Wertberichtigung Immobilien		250
Wertberichtigung Maschinen		30
Wertschriften (börsenkotiert)	10	
Kontrolltotal	3153	3153

**Fach 701 Finanzielles Rechnungswesen
und Finanzmanagement**

**Lösungsvorschlag
Teil 2**

Finanzielles Rechnungswesen und Finanzmanagement Teil 2

Verfügbare Zeit: 60 Minuten
Maximale Punktzahl: 30

Allgemeine Hinweise zur Prüfungsaufgabe

Die Prüfung besteht aus drei Teilaufgaben:

- Teilaufgabe 1: Auswertung eines Betriebsabrechnungsbogens
- Teilaufgabe 2: Kalkulation basierend auf dem Betriebsabrechnungsbogen
- Teilaufgabe 3: Entscheidungsrechnungen mit Teilkosten

Teilaufgabe 2 basiert auf dem Zahlenmaterial von Teilaufgabe 1.

Teilaufgabe 3 kann unabhängig von den übrigen Teilaufgaben gelöst werden.

Einleitung

Barmettler Elektro AG ist ein etabliertes Elektroinstallations-Unternehmen mit Sitz in der Zentralschweiz. Zum Kundenkreis gehören Privatpersonen, Geschäftskunden sowie öffentliche Auftraggeber. Barmettler AG hat sein Geschäft wie folgt segmentiert und entsprechend in der Betriebsabrechnung als Kostenträger abgebildet.

- **Aufträge Standard:** Darunter fallen Installationsaufträge, die mit geringem Aufwand geplant, gesteuert und ausgeführt werden können. Die Durchlaufzeit solcher Aufträge dauert in der Regel nicht mehr als zwei Arbeitswochen.
- **Aufträge Spezial:** Für diese mittleren bis grossen Installationsaufträge ist ein höherer zeitlicher Aufwand für die Abstimmung von Kundenspezifikationen, Planung und Ausführung notwendig. Die Durchlaufzeit kann bis zu mehreren Monaten in Anspruch nehmen.

Das Unternehmen führt eine IST-Vollkostenrechnung, die Abrechnung 20_6 soll als Grundlage für die Kalkulation von zukünftigen Aufträgen dienen.

Teilaufgabe 1: Betriebsabrechnungsbogen zu IST-Vollkosten (11,5 Punkte)

Auf **Beilage 1** (Seite 8) finden Sie die vollständige Betriebsabrechnung 20_6 der Barmettler AG und erhalten auf dieser Grundlage die folgenden Aufträge.

- a) Erstellen Sie eine Absatz-Erfolgsrechnung auf dem nachfolgenden Formular auf Seite 2. Die Zahlen sind in TCHF darzustellen, die einzelnen Zeilen der Erfolgsrechnung müssen korrekt beschriftet werden.
- b) Nehmen Sie zu weiteren Anschlussfragen Stellung.

Erstellen Sie eine Absatz-Erfolgsrechnung

(7 Punkte)

Absatz-Erfolgsrechnung	Aufträge Standard	Aufträge Spezial	Total	7,0
Verkaufserlöse	-2 160,0	-3 887,0	-6 047,0	
Herstellkosten Verkauf	1 720,0	3 220,0	4 940,0	1,5
= Ergebnis nach HK	-440,0	-667,0	-1 107,0	1,5
VVGK	258,0	483,0	741,0	1,0
= Betriebsergebnis Bebu	-182,0	-184,0	-366,0	0,5
SA Einzelmateral			-24,0	0,5
SA Div. Betriebsaufwand			5,0	0,5
SA Abschreibungen			15,0	0,5
SA Zinsen			-10,0	0,5
SA Bestandesänderung			52,0	0,5
= Ergebnis Fibu			-328,0	

Nehmen Sie zu Anschlussfragen Stellung

(4,5 Punkte)

Die sachlichen Abgrenzungen bei Einzelmateral und Bestandesänderungen sind ausschliesslich auf die unterschiedliche Bewertung von Beständen in der Fibu zurückzuführen. Ergänzen Sie unter diesen Voraussetzungen die folgenden zwei Sätze.

Auf den Einzelmaterialvorräten hat die Fibu stille Reserven **aufgelöst** 0,5
(gebildet oder aufgelöst)

Auf den angefangenen Arbeiten hat die Fibu stille Reserven **gebildet** 0,5
(gebildet oder aufgelöst)

Wenn eine Produktionserfolgsrechnung erstellt werden müsste, würden sich für die beiden Kostenträger die folgenden **Produktionserträge** ergeben:

Kostenträger "Aufträge Standard" **2'346** (Betrag in TCHF) 1

Kostenträger "Aufträge Spezial" **3'855** (Betrag in TCHF) 1

Stimmen Sie der folgenden Aussage zu (JA oder NEIN)?

Begründen Sie Ihre Antwort mit Fakten.

"Die Ergebnisqualität der beiden Kostenträger ist praktisch gleich."

Antwort (JA / NEIN) **NEIN**

0,5

Begründung:

Die Ergebnismarge bei «Aufträge Standard» beträgt 8,4% gegenüber 4,7% bei «Aufträge Spezial»

1

Teilaufgabe 2: Vorkalkulation eines Kundenauftrages

(9,5 Punkte)

Für diese Teilaufgabe gilt der Betriebsabrechnungsbogen auf Beilage 1 als verbindliche Grundlage. Die Kalkulationsstrukturen des BAB gelten auch für die Vor- und Nachkalkulation von einzelnen Aufträgen.

Aufgrund der Betriebsabrechnung 20_6 können die zu verwendenden Kostensätze abgeleitet werden. Dazu dienen noch die folgenden Hinweise.

- Die Kostenstelle Materialwirtschaft wurde im Verhältnis des eingesetzten Einzelmaterials abgerechnet.
- Die Kostenstelle Planung und Steuerung hat 2'200 Stunden für Aufträge Standard und 5'660 Stunden für Aufträge Spezial abgerechnet.
- Die Kostenstelle Installations-Team hat 9'800 Stunden für Aufträge Standard und 11'600 Stunden für Aufträge Spezial abgerechnet.
- Die Kostenstelle VVGK wurde im Verhältnis der Herstellkosten abgerechnet.

Für den Auftrag «Stadtsaal Sursee» soll eine Angebotskalkulation nach dem klassischen Zuschlagskalkulationsverfahren erstellt werden. Neben den Grundlagen aus dem BAB erhalten Sie folgende Informationen:

- Die Einzelmaterialekosten betragen CHF 40'000.
- Kostenstelle Planung und Steuerung geht von 80 Stunden Arbeitsaufwand aus.
- Kostenstelle Installations-Team geht von 300 Stunden Arbeitsaufwand aus.
- Der Gewinnzuschlag auf den Selbstkosten soll 10% betragen.
- Dem Kunden soll ein Rabatt von 5% auf dem Brutto-Verkaufspreis angeboten werden.

Ihre Aufgaben

Auf dem nachfolgenden Arbeitsblatt auf Seite A4 erstellen Sie die Angebotskalkulation für den Auftrag «Stadtsaal Sursee», Werte sind auf ganze CHF zu runden. Das Arbeitsblatt enthält mehr Zeilen, als zur Lösung notwendig sind.

Ihre Darstellung muss folgende Anforderungen erfüllen:

- Es sind alle notwendigen Kalkulationselemente aufzuführen.
- Bei jedem Kalkulationselement sind die massgebliche Menge oder die massgebliche Bezugsgrösse sowie der entsprechende Kostensatz anzugeben.
- Die Zwischentotale «Herstellkosten», «Selbstkosten», «Nettoverkaufspreis» und «Bruttoverkaufspreis» sind in der Kalkulation auszuweisen.

Angebotskalkulation Stadtsaal Sursee

Angebotskalkulation Stadtsaal Sursee	Menge bzw. Bezugsgrösse	Ansatz	Betrag CHF	9,5
Einzelmaterial	gemäss Projekt-Stückliste		40 000	
Material-Gemeinkosten	40 000	10%	4 000	1,5
Planung & Steuerung	80	100,00	8 000	1,5
Installation	300	80,00	24 000	1,5
Herstellkosten			76 000	1,0
VVGK	76 000	15%	11 400	1,5
Selbstkosten			87 400	0,5
Gewinnzuschlag	87 400	10,0%	8 740	0,5
Nettoverkaufspreis		95%	96 140	0,5
Rabatt	101 200	5%	5 060	0,5
Bruttoverkaufspreis		100%	101 200	0,5

Teilaufgabe 3 Entscheidungsrechnungen mit Teilkosten

(9 Punkte)

3.1 Nutzwelle, Umsatzziel, Fixkostenziel

(3 Punkte)

Barmettler Elektro AG plant die Eröffnung einer Niederlassung in Affoltern am Albis und geht von folgenden Annahmen aus:

Variable Kosten in Prozent vom Umsatz: 67,5%

Jährliche Fixkosten der Niederlassung: 780 TCHF

a) Bei welchem Umsatz liegt die Nutzwelle? Ergebnis auf ganze TCHF runden.

Deckungsbeitrags-Marge	32,5%		
Fixkosten pro Jahr	780	32,5%	
Umsatz für Nutzwelle	2 400		0,5

b) Welcher Umsatz müsste erwirtschaftet werden, damit eine Umsatzrendite von 8% erreicht wird? Ergebnis auf ganze TCHF runden.

Umsatz	100%	3 184	1,0
- variable Kosten	67,5%	2 149	
= DB	32,5%	1 035	
- Fixkosten	24,5%	780	
= Gewinn	8,0%	255	

c) Der Verwaltungsrat erwartet für die Niederlassung einen Jahresumsatz von 2'800 TCHF und einen Gewinn von 150 TCHF. Wie hoch dürften die Fixkosten unter diesen Voraussetzungen maximal ausfallen? Ergebnis auf ganze TCHF runden.

Umsatz	100%	2 800	
- variable Kosten	67,5%	1 890	
= DB	32,5%	910	0,5
- Fixkosten		760	1,0
= Gewinn		150	

3.2 Engpassbetrachtungen, Preisfindung

(6 Punkte)

Barmettler AG plant die Lancierung von Lösungspaketen zur Einbruchssicherung und Videoüberwachung von Gebäuden. Für dieses neue Angebot wird ein spezialisiertes Ausführungsteam beauftragt, das eine limitierte Kapazität hat.

Über die zwei Lösungspakete liegen folgende Angaben vor:

Protect Home

Variable Kosten 1 200,00 CHF

Verkaufserlös 1 860,00 CHF

Bearbeitungszeit Ausführung 4 Stunden

Protect HomePlus

Variable Kosten 1 800,00 CHF

Verkaufserlös 2 720,00 CHF

Bearbeitungszeit Ausführung 8 Stunden

- a) Welches Lösungspaket ist im Verkauf zu favorisieren, wenn das Ausführungsteam zu wenig ausgelastet ist, d.h. Überkapazität aufweist? Begründen Sie Ihre Antwort mit Fakten.

Lösungspaket: **Protect HomePlus** 0,5

Begründung:

Höherer Stück-DB von 920 CHF (gegenüber von 660 CHF bei Protect Home) 0,5

- b) Welches Lösungspaket ist im Verkauf zu favorisieren, wenn das Ausführungsteam zu stark ausgelastet ist, d.h. die Kapazität zu knapp ist? Begründen Sie Ihre Antwort mit Fakten.

Lösungspaket: **Protect Home** 0,5

Begründung:

Höherer DB pro Stunde von 165 CHF (gegenüber 115 CHF bei Protect HomePlus) 0,5

Das Angebot soll um ein Lösungspaket «ProtectProfi» erweitert werden. Die Materialkosten für dieses Paket betragen 1'600 CHF. Die Bearbeitungszeit Ausführung beträgt 10 Stunden bei einem variablen Stundensatz von 75.00 CHF. Weitere variable Kostenbestandteile sind nicht zu berücksichtigen.

- c) Auf welchen Wert müsste der Verkaufspreis des Pakets angesetzt werden, wenn eine Deckungsbeitragsmarge von 35% erreicht werden soll? Ergebnis auf ganze CHF runden.

ProtectProfi

Materialkosten		1 600	0,5
Installationskosten	10	750	0,5
Herstellkosten	65%	2 350	0,5
VP bei 35% DB-Marge	100%	3 615	1,0

- d) Auf welchen Wert müsste der Verkaufspreis des Pakets angesetzt werden, wenn von den zwei bisherigen Paketen (Protect Home und Protect HomePlus) das unter Engpassbetrachtung stärkere Paket in der Ausführung verdrängt werden müsste? Ergebnis auf ganze CHF runden.

Herstellkosten	2 350	
Opportunitätskosten (10 x 165)	1 650	1,0
VP bei Verdrängung Home	4 000	0,5

Beilage 1 Betriebsabrechnung 20_6 / Werte in TCHF

Barmettler Elektro AG

Bezeichnung	Fibu	Sachliche Abgrenzung	Bebu	Materialwirtschaft	Planung & Steuerung	Installationsteam	Verkauf & Verwaltung	Aufträge Standard	Aufträge Spezial
Einzelmaterial	2 336	24	2 360					820	1 540
Personalaufwand	2 770	-	2 770	183	650	1 370	567		
Div. Betriebsaufwand	546	-5	541	38	106	247	150		
Abschreibungen	152	-15	137	12	25	80	20		
Zinsen	17	10	27	3	5	15	4		
Subtotal	5 821	14	5 835	236	786	1 712	741	820	1 540
Abrechnung Mat.wirtschaft				-236				82	154
Abrechnung Planung & Steuerung					-786			220	566
Abrechnung Installationsteam						-1 712		784	928
Herstellkosten Produktion								1 906	3 188
Bestandesänderung angef. Arbeiten	-102	-52	-154					-186	32
Herstellkosten Verkauf								1 720	3 220
Abrechnung Verkauf & Verwaltung							-741	258	483
Selbstkosten								1 978	3 703
Verkaufserlöse	-6 047		-6 047					-2 160	-3 887
Betriebsergebnis	-328	-38	-366	-	-	-	-	-182	-184

Fach 702 Steuern

Lösungsvorschlag

Steuern

Verfügbare Zeit: 100 Minuten
Max. Punktzahl: 50

Die Lösungen sind, sofern keine anderen Angaben verlangt sind, nach den Bestimmungen des DBG, bzw. MWSTG, vorzunehmen. Gefragte Gesetzesangaben sind möglichst genau, d.h. durch Nennung des entsprechenden Gesetzes sowie mit Angabe des Artikels mit allfälligem Absatz und Buchstaben vorzunehmen.

Aufgabe 1

Mehrwertsteuer

(15 Punkte)

1.1. Steuerpflicht

Die nachfolgenden Kunden, welche die aufgeführten Jahresumsätze erzielen, treten mit Fragen zur Steuerpflicht bei der MWST an Sie als Mitarbeiter / Mitarbeiterin eines Treuhandbüros heran. Beantworten Sie die gestellten Fragen, wobei jeweils eine genaue Begründung verlangt ist, sowie ein Hinweis auf die massgebende Bestimmung im MWSTG oder in der MWSTV anzubringen ist.

1.1.1. Bergbauer Johann Boss, Grindelwald (CH)

• Verkauf von Milch aus dem eigenen Betrieb	CHF	70'000.00
• Vermietung Ferienwohnung	CHF	35'000.00
• Verwaltungsratshonorar der Bergbahn AG	CHF	5'000.00
• Subventionen	CHF	20'000.00

Ist die obligatorische Steuerpflicht betreffend MWST von Bergbauer Johann Boss gegeben? Begründen Sie, indem Sie sämtliche Umsätze einzeln beurteilen, inkl. Nennung der massgebenden Gesetzesartikel.

Nein. Der Verkauf von Erzeugnissen aus eigener Produktion ist gemäss Art. 21 Abs. 2 Ziffer 26 MWSTG von der Steuer ausgenommen, Subventionen stellen laut Art. 18 Abs. 2 Bst. a MWSTG und Verwaltungsratshonorare laut Art. 18 Abs. 2 Bst. j MWSTG kein Entgelt im Sinne der MWST dar. Einzig die Einnahmen aus der Vermietung der Ferienwohnung stellen steuerbare Einnahmen bei Johann Boss dar. Diese liegen jedoch unterhalb der für die obligatorische Steuerpflicht massgebenden Umsatzgrenze von CHF 100'000.00, deshalb ist Bergbauer Johann Boss laut Art. 10 Abs. 2 Bst. a MWSTG von der Steuerpflicht befreit.

1.1.2. Fotografin Alexandra Freiherr, Sursee (CH)

• Bareinnahmen aus Dienstleistungen	CHF	60'000.00
• Bareinnahmen aus Verkauf von Gegenständen aller Art	CHF	10'000.00
• Zahlungen von Kundenrechnungen auf Postkonto	CHF	22'000.00

Ist die obligatorische Steuerpflicht betreffend MWST der Fotografin Alexandra Freiherr gegeben? Nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

Nein. Die massgebende Umsatzlimite von CHF 100'000.00 gemäss Art. 10 Abs. 2 Bst. a MWSTG wird nicht erreicht, somit ist die Fotografin Alexandra Freiherr von der Steuerpflicht befreit.

1.1.3. Kehrichtverbrennungsanlage „KVAG“, Konstanz (D)

• Umsätze aus Entsorgungsleistungen mit CH-Kunden	CHF	600'000.00
• Umsätze aus Entsorgungsleistungen mit D-Kunden	CHF	1'600'000.00

Beschreiben Sie **detailliert** die mehrwertsteuerliche Situation in der Schweiz der KVAG. Nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

Der massgebende Inlandumsatz beträgt CHF 600'000.00 und würde eigentlich die Steuerpflicht auslösen. Gemäss Art. 10 Abs. 2 Bst. b MWSTG ist die KVAG aber von der Steuerpflicht befreit, weil es sich bei Entsorgungsleistungen um Dienstleistungen im Sinne von Art. 8 Abs. 1 MWSTG handelt, die laut Art. 45 Abs.1 Bst. a MWSTG der Bezugsteuer unterliegen.

Die KVAG hat jedoch gemäss Art. 11 Abs. 1 MWSTG die Möglichkeit, auf die Befreiung zu verzichten und sich damit freiwillig der Steuerpflicht zu unterstellen.

1.2. Vorsteuerabzug / Eigenverbrauch

Ihre Antworten zu den nachfolgenden Fragen sind zu begründen, alle Beträge verstehen sich exkl. allfälliger MWST. Wo sich steuerliche Konsequenzen ergeben, sind die entsprechenden Steuerbeträge zu berechnen.

1.2.1. Der Inhaber der Einzelfirma Claudio Spina in Airolo (CH), welcher der Mehrwertsteuerpflicht unterstellt ist, entnimmt aus seinem Lager ein neues Tomos Mofa als Geschenk zum 14. Geburtstag seines Sohnes Gian-Luca. Das Mofa hat einen Verkaufswert von CHF 2'100.00. Der Einkaufspreis betrug CHF 1'500.00. Welche mehrwertsteuerlichen Konsequenzen ergeben sich aus dieser Verwendung des Mofas?

Hier liegt eine dauernde Entnahme aus dem unternehmerischen Bereich gemäss Art. 31 Abs. 2 Bst. a MWSTG vor. Der Gegenstand wird ausserhalb der unternehmerischen Tätigkeit der Einzelfirma verwendet, konkret nämlich für die privaten Zwecke des Inhabers. Die beim Einkauf des Mofas geltend gemachte Vorsteuer muss deshalb korrigiert werden. Die Vorsteuerkorrektur Eigenverbrauch beträgt CHF 120.00 (8% von CHF 1'500.00)

- 1.2.2. Die Landmaschinen AG verkauft am 30. Juni 2016 infolge einer Umstrukturierung ihre bisher vollumfänglich für steuerbare Zwecke verwendete Lagerhalle an einen nicht mehrwertsteuerpflichtigen Landwirt. Auf den Verkaufsdokumenten wird kein Hinweis auf die MWST angebracht. Die Lagerhalle wurde 2005¹ durch ein Baugeschäft erstellt und in Betrieb genommen und kostete CHF 300'000.00. Welche mehrwertsteuerlichen Konsequenzen ergeben sich aus dem Verkauf der Lagerhalle (Berechnung verlangt)?

Durch den Verkauf der Lagerhalle ohne Option bzw. ohne Meldeverfahren tritt eine vollumfängliche Nutzungsänderung ein. Der Verkauf von unbeweglichen Gegenständen ist gemäss Art. 21 Abs. 2 Ziff. 20 MWSTG von der Steuer ausgenommen. Somit liegt ein Eigenverbrauchstatbestand im Sinne von Art. 31 Abs. 2 Bst. b MWSTG vor.

Die bei der Erstellung der Lagerhalle im Jahr 2005 geltend gemachten Vorsteuerbeträge abzüglich der Abschreibungen sind zu korrigieren.

	Basis Vorsteuerabzug	Vorsteuer
Baukosten	300'000.00	22'800.00
Abschreibung für die Jahre 2005 bis 2015: 11 Jahre à 5% = 55% von	22'800.00	-12'540.00
Vorsteuerkorrektur Eigenverbrauch per 30. Juni 2016		10'260.00

- 1.2.3. Der Verein Swiss Athletics schenkt seiner Lernenden Anja Rösch zum erfolgreichen Abschluss ihrer Lehre eine VIP-Eintrittskarte im Wert von CHF 250.00 für das Leichtathletik Meeting Weltklasse Zürich 2016.

Hier erfolgt eine Leistung an das Personal, die aufgrund von Art. 47 MWSTV zu beurteilen ist. Es ist somit zu klären, ob das Geschenk an die Lehrtochter auf dem Lohnausweis zu deklarieren ist.

Gemäss Wegleitung zum Lohnausweis (Z 72) sind Zutrittskarten für kulturelle, sportliche und andere gesellschaftliche Anlässe bis CHF 500.00 pro Ereignis nicht im Lohnausweis zu vermerken. Somit kommt hier Art. 47 Abs. 3 MWSTV zur Anwendung. Die Leistung gilt als unentgeltlich erbracht und es wird ein unternehmerischer Grund (geschäftsmässig begründet) vermutet. Es ergeben sich keine Steuerfolgen. Swiss Athletics muss diesbezüglich auch keine Vorsteuerkorrektur vornehmen.

¹ Steuersätze 2005: Normalsatz: 7,6 %, reduzierter Satz: 2,4 %, Sondersatz: 3,6 %

1.3 Bezugsteuer

Bestimmen und begründen Sie, in welchen der nachfolgenden Fällen es sich um der Bezugssteuer unterliegende Leistungen von (nicht im Schweizer MWST-Register eingetragenen) Unternehmen mit Sitz im Ausland im Sinne von Art. 45 MWSTG handelt. Berechnen Sie die allenfalls zu deklarierende Bezugsteuer. Beurteilen Sie zudem, ob und in welchem Umfang (vollständig, teilweise, gar nicht) eine allfällige Bezugsteuer vom Leistungsbezüger als Vorsteuer geltend gemacht werden kann.

- 1.3.1 Die Versicherungsgesellschaft Secura mit Sitz in Zürich bezahlt der amerikanischen Skirennfahrerin Lindsey für das Anbringen der Aufschrift "SECURA" auf ihrem Skihelm CHF 500'000.00. Lindsey fährt mit diesem Skihelm Skirennen in der Schweiz und im Ausland.

Es handelt sich um eine Werbedienstleistung (Lindsey wirbt für die Secura). Dienstleistungen im Bereich der Werbung fallen unter Art. 8 Abs. 1 MWSTG (Empfängerortsprinzip). Die von der Secura bezogene Leistung unterliegt damit der Bezugsteuer (Art. 45 Abs. 1 Bst. a MWSTG).

Steuerberechnung: 8% von CHF 500'000.00 (100%) CHF 40'000.00

Die entrichtete Bezugsteuer kann die Secura nur teilweise als Vorsteuer wieder abziehen (Versicherungen erzielen mehrheitlich von der Steuer ausgenommene Umsätze, die gemäss Art. 29 Abs. 1 MWSTG nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen).

- 1.3.2. Die Wander AG in Neuenegg (CH) erhält vom Verlag „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in Frankfurt (D) eine Rechnung über € 21'000.00 für in Deutschland erschienene Inserate zwecks Steigerung der Ovomaltinenverkäufe. Für die Umrechnung in CHF wird der Monatsmittelkurs von 1.0925 angewendet.

Dienstleistungen im Bereich der Werbung fallen unter Art. 8 Abs. 1 MWSTG (Empfängerortsprinzip). Die von der Wander AG bezogene Leistung unterliegt damit der Bezugsteuer (Art. 45 Abs. 1 Bst. a MWSTG).

Umrechnung in CHF:	€ 21'000.00 (100%) * 1.0925	CHF	22'942.50
Steuerberechnung:	8% von CHF 22'942.50	CHF	1'835.40

Die entrichtete Bezugsteuer kann die Wander AG vollumfänglich als Vorsteuer wieder abziehen, da die Werbeleistung im Zusammenhang mit einer unternehmerischen Tätigkeit angefallen ist.

2.1. Herr Roland Meier, deutscher Staatsangehöriger, spielt mit dem Gedanken, sich in Basel niederzulassen. Aufgrund seiner Internetrecherchen sind ihm einige Fragen aufgetaucht und er wendet sich an Sie als Fachspezialisten.

2.1.1. Roland Meier hat die Begriffe Steuerperiode, Bemessungsperiode und Veranlagungsperiode im Internet gefunden. Erklären Sie die unterschiedlichen Ausdrücke in Bezug auf die natürlichen Personen:

a) Steuerperiode:

Zeitabschnitt, für welchen die Steuer geschuldet ist.

b) Bemessungsperiode:

Massgebender Zeitabschnitt für die Berechnung des steuerbaren Einkommens.

c) Veranlagungsperiode:

Zeitabschnitt für die Festsetzung des steuerbaren Einkommens

2.1.2. Herr Roland Meier hat des weiteren Fragen zum Begriff der wirtschaftlichen Zugehörigkeit.

a) Erklären Sie den Begriff wirtschaftliche Zugehörigkeit nach DBG in Bezug auf die natürlichen Personen:

Personen unterliegen der beschränkten Steuerpflicht, wenn Sie zum Gebiet des Bundes nur eine wirtschaftliche Beziehung haben und deren Wohnsitz oder Aufenthalt in einem anderen Gebiet (Ausland) liegt.

b) Nennen Sie drei Beispiele, welche eine wirtschaftliche Zugehörigkeit nach DBG einer natürlichen Person begründen:

(DBG Art. 4 und Art. 5) Natürliche Personen ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz, wenn sie in der Schweiz:

- Inhaber, Teilhaber oder Nutzniesser von Geschäftsbetrieben in der Schweiz
- In der Schweiz Betriebsstätten unterhalten.
- An Grundstücken in der Schweiz Eigentum, dingliche oder diesen wirtschaftlich gleichkommende persönliche Nutzungsrechte haben.
- In der Schweiz gelegene Grundstücke vermitteln oder handeln.
- In der Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben.
- Als Mitglied der Verwaltung oder Geschäftsführung von juristischen Personen mit Sitz in der Schweiz Tantiemen, Sitzungsgelder, feste Entschädigungen, Mitarbeiterbeteiligungen oder ähnliche Vergütungen beziehen.
- Gläubiger oder Nutzniesser von Forderungen sind, die durch Grund- oder Faustpfand auf Grundstücken in der Schweiz gesichert sind.
- Pensionen, Ruhegehälter oder andere Leistungen erhalten, die aufgrund eines früheren öffentlich-rechtlich Arbeitsverhältnisses von einem Arbeitgeber oder einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz ausgerichtet werden.
- Leistungen aus schweizerischen privatrechtlichen Einrichtungen der beruflichen Vorsorge oder aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge erhalten.
- für Arbeit im internationalen Verkehr an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges oder bei einem Transport auf der Strasse Lohn oder andere Vergütungen von einem Arbeitgeber mit Sitz oder Betriebsstätte in der Schweiz erhalten.

2.2. Thomas Wetzel, schweizerischer Staatsangehöriger, hatte für 3 Jahre in Australien als Ingenieur gearbeitet und kehrte per 01.07.2015 in die Schweiz (nach Winterthur) zurück (Anmeldung Einwohneramt). Berechnen Sie für Herrn Thomas Wetzel das steuerbare und satzbestimmende Einkommen ab der Wohnsitznahme in der Schweiz vom 01.07.2015 – 31.12.2015 aufgrund der folgenden Angaben:

- Herr Wetzel hat vom 01.01.2015 – 30.06.2015 für die „Australian Mining Company“, Brisbane, gearbeitet und dabei einen Nettolohn von CHF 70'000.00 erhalten.
- Vom 01.07.2015 – 30.09.2015 hat Herr Thomas Wetzel weder gearbeitet noch Taggelder bezogen.
- Vom 01.10.2015 – 31.12.2015 hat Herr Thomas Wetzel bei der „Zürich Konstruktions AG“, Zürich, gearbeitet und dabei einen Nettolohn in der Höhe von CHF 37'500.00 erhalten.
- Es wurden keine zusätzlichen Boni oder einmaligen Lohnbeiträge geleistet.
- Um sich beruflich weiterzuentwickeln, hat Thomas Wetzel einen Kurs an einer Fachhochschule gebucht, welcher steuerrechtlich anerkannt ist. Die Buchung nahm er am 15.09.2015 vor und bezahlte den Betrag von CHF 1'800.00 am 01.12.2015. Der Kurs dauerte vom 01.02.2016 bis 30.06.2016.
- Für den Arbeitsweg von Winterthur nach Zürich nahm er die öffentlichen Verkehrsmittel. Für die 3 Monate zahlte er CHF 800.00.
- Die Prämien für die Krankenversicherung betrugen CHF 310.00 pro Monat.
- Per 15.12.2015 kaufte er sich noch mit einem Betrag von CHF 10'000.00 in die berufliche Vorsorge der Zürich Konstruktions AG ein.

Text	Steuerbares Einkommen	Satzbestimmendes Einkommen
Einkünfte	37'500	75'000
Fahrkosten Arbeitsweg	800	1'600
Berufspauschale nach DBG	1'000	2'000
Kosten Weiterbildung	1'800	1'800
Versicherungsprämien	850	1'700
Einkauf berufliche Vorsorge	10'000	10'000
Total	23'050	57'900

Aufgabe 3

(12.5 Punkte)

- 3.1. Bitte ergänzen Sie beim nachfolgenden Text die Textlücken Nr. 1 bis Nr. 10 mit den vorgeschlagenen Lösungstexten. Die Auswahl an Lösungstexten ist grösser als die zu ergänzenden Textlücken Nr. 1 bis Nr. 10. Vorgeschlagene Lösungstexte können mehrfach verwendet werden. Benutzen Sie bitte den Lösungsraster.

Kantonale Steuerhoheiten kollidieren, wenn eine natürliche oder juristische Person bestimmte....**Nr. 1**....oder....**Nr. 2**....Beziehungen zum....**Nr. 3**....verschiedener Kantone unterhält und diese Kantone für die Besteuerung an diese....**Nr. 4**....anknüpfen. Um entscheiden zu können, welcher Kanton oder welche Kantone zur Besteuerung der Personen befugt sind, muss das....**Nr. 5**....bestimmen, welche Eigenschaften die....**Nr. 6**....Beziehungen aufzuweisen haben, damit der betreffende Kanton zur Besteuerung berechtigt ist.

Alle Orte, an denen eine Person aufgrund solcher....**Nr. 7**....steuerpflichtig ist, werden als....**Nr. 8**....bezeichnet. Es wird zwischen zwei Grundarten von Steuerdomizilen unterschieden, einerseits dem....**Nr. 9**....und andererseits den....**Nr. 10**....

Vorgeschlagene Lösungstexte:	territorialen / Betriebsstätte / wirtschaftliche / Hauptsteuerdomizil / Liegenschaft / persönliche / Beziehungen / unbeschränkte / Spezialsteuerdomizil / Geschäftsort / und / Steuerdomizile / Hoheitsgebiet / Personengesellschaften / Nebensteuerdomizilen / Kollisionsrecht / statutarischer Sitz
Nummer	Textlücken
1	Persönliche
2	Wirtschaftliche
3	Hoheitsgebiet
4	Beziehungen
5	Kollisionsrecht
6	Territorialen
7	Beziehungen
8	Steuerdomizile
9	Hauptsteuerdomizil
10	Nebensteuerdomizilen

- 3.2. Die Thomas M. AG, mit Sitz in St. Gallen, betreibt in St. Gallen ein Handelsgeschäft. In Frauenfeld TG unterhält die Gesellschaft eine Betriebsstätte und besitzt zudem in Davos GR und in Kloten ZH je eine Kapitalanlageliogenschaft (KAL), welche vollständig fremdvermietet (nicht dem Betrieb dienend) sind.

Der Gesamtgewinn im Geschäftsjahr 2014 (1.1.2014 bis 31.12.2014) beträgt CHF 450'000. Der Nettoertrag der Kapitalanlageliogenschaft Davos beträgt minus CHF 70'000 (Verlust nach Abzug sämtlicher Aufwendungen) und der Nettoertrag der Kapitalanlageliogenschaft Kloten beträgt minus CHF 15'000 (Verlust nach Abzug sämtlicher Aufwendungen).

Im Geschäftsjahr 2015 (1.1.2015 bis 31.12.2015) beträgt der Gesamtgewinn rund 800'000. Der Nettoertrag (Gewinn) der Kapitalanlageliogenschaft Davos beträgt CHF 100'000. Die Kapitalanlageliogenschaft Kloten wurde im laufenden Geschäftsjahr 2015 mit einem Nettogewinn von CHF 900'000 (nach Abzug sämtlicher Aufwendungen wie Verkaufskosten, Verwaltungskosten, Steuern, etc.) verkauft.

Die Ausscheidung erfolgt nach quotaler indirekter Methode, wobei am Hauptsitz St. Gallen eine Quote von 70% und dem Betriebsstättekanton Thurgau eine Quote von 30% zugeschrieben wird. Das Präzipium beträgt üblicherweise 20%.

Nehmen Sie aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichts die interkantonale Steuerauscheidung für die Jahre 2014 und 2015 vor und ermitteln Sie den steuerbaren Reingewinn der involvierten Kantone. Bitte benutzen Sie den nachfolgenden Lösungsraster.

Interkantonale Steuerauscheidung Jahr 2014

	Total	Hauptsitz St. Gallen	Betriebsstätte Frauenfeld	KAL Davos	KAL Kloten
Steuerbarer Reingewinn	450'000				
Nettoliegenschaftsverlust KAL Davos	70'000			-70'000	
Nettoliegenschaftsverlust KAL Kloten	15'000				-15'000
Betriebsergebnis brutto; vor Verrechnung	535'000				
Ausgleich Verluste für Verteilung Betriebsgewinn	-85'000			70'000	15'000
Betriebsgewinn für Quotenverteilung	450'000				
Präzipium 20%		90'000			
Restgewinn Verteilung nach Quoten		252'000	108'000		
Steuerbarer Reingewinn	450'000	342'000	108'000	0	0

	Total	Sitz St. Gallen	Betriebsstätte Frauenfeld	KAL Davos	KAL Kloten
Steuerbarer Reingewinn	800'000				
Nettoliegenschafts- gewinn KAL Davos	-100'000			100'000	
Nettoliegenschafts- gewinn KAL Kloten	-900'000				900'000
Betriebsergebnis brutto; vor Verrechnung	-200'000				
Ausgleich Verluste für Verteilung Betriebsgewinn	200'000			-20'000	-180'000
Betriebsgewinn für Quotenverteilung	0				
Präzipuum 20%		0			
Restgewinn Verteilung nach Quoten		0	0		
Steuerbarer Reingewinn	800'000	0	0	80'000	720'000

Aufgabe 4**(5 Punkte)**

Der steuerpflichtige Turnverein „Sportishofen“ betreibt neben sportlichen Aktivitäten auch ein Club-Restaurant, wo sich die Mitglieder und Zuschauer verpflegen können. Im Jahre 2015 fand anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Vereins ein Jubiläumsanlass mit Turnaufführungen, Tombola und Gastwirtschaft statt.

Die Erfolgsrechnung 2015 präsentiert sich wie folgt:

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliederbeiträge	50'000.00	Allgemeiner Vereinsaufwand	15'000.00
Einnahmen Club-Restaurant	40'000.00	Ausgaben Club-Restaurant	25'000.00
Einnahmen 100-Jahr Jubiläum	18'000.00	Ausgaben 100-Jahr Jubiläum	12'000.00
Spenden und Schenkungen	10'000.00		
Zinserträge Anlagen	5'000.00	Gewinn	71'000.00
Total	123'000.00	Total	123'000.00

- 4.1. Mit welchem Tarif werden Vereine bei der direkten Bundessteuer besteuert? Nennen Sie den Steuersatz sowie den entsprechenden Gesetzesartikel mit Absatz gemäss DBG.

Steuersatz von 4.25% gemäss Art. 71 Abs. 1 DBG

- 4.2. Gibt es bei der Besteuerung der Vereine gemäss DBG eine Freigrenze oder einen Freibetrag? Falls ja, nennen Sie die Höhe und geben Sie an, ob es sich um eine Freigrenze oder einen Freibetrag handelt (Hinweis: Im Falle einer Freigrenze wird der Gewinn, falls er diese Grenze übersteigt, vollumfänglich besteuert und im Falle eines Freibetrages wird nur der Teilgewinn, welcher den Freibetrag übersteigt, besteuert).

Freigrenze von CHF 5'000.00

- 4.3. Ermitteln Sie den steuerbaren Reingewinn des Turnvereins gemäss der nachstehenden Vorlage. Gehen Sie vom Saldo der Erfolgsrechnung aus und geben Sie allfällige Korrekturen auf den freien Zeilen mittels Bezeichnung und Betrag an. Nennen Sie zu jeder Korrektur die entsprechende genaue gesetzliche Grundlage (gemäss DBG inkl. allfälligem Absatz und/oder Buchstabe). Geben Sie durch die Zeichen „+“ oder „-“ vor der jeweiligen Zahl an, ob diese beim Saldo der Erfolgsrechnung aufgerechnet oder von diesem abgezogen wird.

Bezeichnung	Betrag CHF	Gesetzliche Grundlage
Saldo der Erfolgsrechnung	71'000.00	
Mitgliederbeiträge	- 50'000.00	Art. 66 Abs. 1 DBG
Allgemeiner Vereinsaufwand	+ 15'000.00	Art. 66 Abs. 2 DBG
Spenden und Schenkungen	- 10'000.00	Art. 60 Bst. c DBG
Steuerbarer Reingewinn	26'000.00	

- 4.4. In den Spenden und Schenkungen ist auch eine Zuwendung von Herrn Max Hug im Umfang von CHF 4'000.00 enthalten. Er erkundigt sich bei Ihnen, ob er diese Spende in seiner privaten Steuererklärung abziehen kann. Beantworten Sie seine Frage und geben Sie eine Begründung an (nur „Ja“ oder „Nein“ gibt keine Punkte).

Gemäss Art. 33a DBG können nur Zuwendungen an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, welche im Hinblick auf ihre öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecke steuerbefreit sind, abgezogen werden. Da der Turnverein steuerpflichtig ist, kann die entsprechende Spende nicht abgezogen werden.

Aufgabe 5**(7.5 Punkte)**

Die Siro AG mit statutarischem Sitz in Luzern, wurde mit einem Aktienkapital von CHF 700'000.00 gegründet. Der Verkehrswert der Aktiven wird auf CHF 7'500'000.00 geschätzt.

- 5.1.** Sie haben von Ihrem Kunden die Aufgabe erhalten, verschiedene Varianten von Kapitalerhöhungen bezüglich der Emissionsabgabe zu prüfen. Geben Sie bei jeder Variante Ihre Schlussfolgerung für die Emissionsabgabe an, indem Sie diese berechnen und die Berechnung darstellen. Sollte der Vorgang in der Variante Ihrer Ansicht nach nicht der Emissionsabgabe unterliegen, so ist dies zu begründen und der massgebende Gesetzesartikel anzugeben. Blosser Antworten "ja", "nein", "keine" etc. werden nicht bewertet.

Varianten:

- 5.1.1.** Erhöhung Aktienkapital von CHF 700'000.00 auf CHF 900'000.00. Die Aktien werden zu einem Preis von CHF 250'000.00 ausgegeben.

Keine Emissionsabgabe

Freigrenze CHF 1'000'000.00 gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. h StG anwendbar.

- 5.1.2.** Erhöhung Aktienkapital von CHF 700'000 auf CHF 1'200'000. Die Aktien werden zu einem Preis von CHF 500'000.00 ausgegeben.

Emissionsabgabe von CHF 2'000.00

= 1% x (CHF 500'000 Gegenleistung – CHF 300'000 noch nicht beanspruchte Freigrenze) = 1% x (CHF 1'200'000.00 – CHF 1'000'000.00 Freigrenze)

- 5.1.3.** Erhöhung Aktienkapital von CHF 700'000.00 auf CHF 1'200'000.00. Die Aktien werden im Umfang von CHF 500'000.00 zu Lasten der freiwilligen Gewinnreserven ausgegeben.

Emissionsabgabe von CHF 5'000.00

= 1 % x CHF 500'000.00 = 1 % x (CHF 1'200'000.00 – CHF 700'000.00)

Die Freigrenze laut Art. 6 Abs. 1 Bst. h StG gilt nicht für Gratisaktien (unentgeltlich).

- 5.1.4.** Ändert sich etwas bei Variante 5.1.3, falls die Siro AG ihre tatsächliche Verwaltung in München hat? Begründen Sie Ihre Antwort und nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

Nein, die tatsächliche Verwaltung ist gemäss Art. 4 Abs. 1 StG (für die Qualifikation als Inländer) unerheblich. Die Emissionsabgabe ist auch in dieser Variante geschuldet.

- 5.2.** Die Siro AG gehört der Kuster AG (Bank im Sinne des Bankengesetzes) mit Sitz in Genf. Die Kuster AG hat die folgenden Transaktionen vorgenommen, welche Sie bezüglich Stempelabgaben steuerlich beurteilen sollen.

Geben Sie bei jeder Variante Ihre Schlussfolgerungen für die Umsatzabgabe und allfälliger weiterer Stempelabgaben aus Sicht der Kuster AG an, indem Sie diese berechnen und begründen. Unterliegt der Vorgang in der Variante Ihrer Ansicht nach nicht der Umsatzabgabe, so ist dies zu begründen und der massgebende Gesetzesartikel anzugeben. Blosser Antworten "ja", "nein", "keine" etc. werden nicht bewertet.

Varianten:

- 5.2.1.** Die Kuster AG verkauft eine ausländische Beteiligung für CHF 500'000.00 an die Siro AG.

Umsatzabgabe CHF 1'500.00 = $2 \times 1.5\text{‰} \times \text{CHF } 500'000.00$

Halbe Umsatzabgabe je für sich selbst (Vertragspartei) und für Siro AG (keine Effekthändlerin) geschuldet.

- 5.2.2.** Die Kuster AG verkauft aus ihrem Anlagebestand Aktien der Swiss Re mit Sitz in Zürich für CHF 1'000'000.00 an die Siro AG. Der Börsenkurs der Aktien betrug im Kaufzeitpunkt CHF 1'600'000.00.

Umsatzabgabe = CHF 1'500.00 = $2 \times 0.75\text{‰} \times \text{CHF } 1'000'000.00$

Halbe Umsatzabgabe auf dem Entgelt je für sich selbst (Vertragspartei) und für Siro AG (keine Effekthändlerin) geschuldet.

Emissionsabgabe = CHF 6'000.00 = $1\% \times \text{CHF } 600'000.00$, da ein Zuschuss vorliegt im Umfang von CHF 600'000.00 = CHF 1'600'000.00 – CHF 1'000'000.00 der Kuster AG an ihre Tochtergesellschaft Siro AG.

Für den Zuschuss (keine Begründung von Beteiligungsrechten) ist die Freigrenze nicht anwendbar.

- 5.2.3.** Auf Verfall zahlt die Kuster AG an die Siro AG eine Kassenobligation von CHF 200'000.00 zurück.

Keine Umsatzabgabe

Rückgabe von steuerbaren Urkunden gemäss Art. 14 Abs. 1 Bst. e StG.

- 5.3.** Die Hauptaktionäre der Kuster AG, die Ehegatten Jonas und Johanna Kuster, wohnen in Montreux. Das Ehepaar besitzt in Zermatt eine Ferienwohnung, für welche sie bei der La Suisse Versicherungen AG in Lausanne eine Hausratversicherung (Feuer-, Diebstahl-, Glas- und Wasserschaden) abgeschlossen haben. Die Jahresprämie beträgt CHF 990.00.
- 5.3.1.** Ist eine Stempelabgabe geschuldet? Wenn ja, wie heisst sie, wie hoch ist der Abgabesatz und welches ist die Berechnungsgrundlage? Wenn nein, begründen Sie Ihre Antwort und nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

Da der Hausrat sich in der Ferienwohnung im Inland befindet, ist eine Abgabe auf der Versicherungsprämie für die Hausratversicherung von 5 % der Barprämie geschuldet.

- 5.3.2.** Wie lautet Ihre Antwort, wenn sich die Ferienwohnung statt in Zermatt in Evian (Frankreich) befindet? Begründen Sie Ihre Antwort und nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

Da der Hausrat sich in der Ferienwohnung im Ausland befindet, ist keine Abgabe auf der Versicherungsprämie für die Hausratversicherung gemäss Art. 22 Bst. I StG geschuldet.

Fach 703 Revision

Lösungsvorschlag

Revision

Verfügbare Zeit: 100 Minuten
Max. Punktzahl: 50

Aufgabe 1

(10 Punkte)

Die Gelb AG ist im Bereich der Bademode (Produktion und Handel) tätig. Bei der umweltverträglichen Produktion wird auf gesundheitsverträgliche Materialien und ressourcenschonende Herstellung geachtet. Die qualitativ hochstehenden Produkte sowie die spezielle Linie von sonnendurchlässigen Materialien führten zum Erfolg der Gelb AG. Die Badekleider wurden in der Schweiz und in weiten Teilen Europas bis hin nach Übersee zu einer bekannten und beliebten Marke.

Die Produktion erfolgt in den firmeneigenen Fabriken. In den letzten Jahren wurde die Modeindustrie mit Strukturveränderungen und aufstrebenden Online-Shops konfrontiert. Die Gelb AG blieb davon nicht verschont. Die Unternehmensführung passte sich den neuen Marktgegebenheiten an und versucht, zum vergangenen Erfolg zurückzufinden.

Die umzusetzenden Massnahmen beinhalten neben dem Personalabbau zusätzliche Investitionen in den Bereichen Entwicklung und Werbung.

Der Verwaltungsrat hat an der Sitzung im November 2015 ein strukturelles Massnahmenpaket beschlossen, welches unter anderem einen Personalabbau im 2016 umfasst. Von den 186 Angestellten werden rund 20 Mitarbeiter entlassen. Die Sofortmassnahme für das Geschäftsjahr 2016 wurde im Februar 2016 den betroffenen Mitarbeitern und im April den Medien kommuniziert. Als Revisor der Gelb AG erfahren Sie während Ihrer Prüftätigkeit im März von den vorgesehenen Massnahmen. Die Gelb AG unterliegt der eingeschränkten Revision.

Die Massenentlassung sieht Lohnfortzahlungen und Abgangsentschädigungen von TCHF 500 vor. Zudem wird mit zusätzlichen Aufwendungen von TCHF 200 für Prozesskosten gerechnet, welche jedoch durch Einsparungen im Personalaufwand von schätzungsweise TCHF 1'200 wieder wettgemacht werden können.

- a) Wie deckt die Revisionsstelle die Prüfpflicht in Bezug auf die Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ab? Nennen Sie drei Prüfungspflichten.

- Befragung der Unternehmensleitung
- Prüfungshandlungen zur Offenlegung in Jahresrechnung (Bilanz, ER, Anhang)
- GV-Protokolle lesen
- VR-Protokolle lesen
- Vollständigkeitserklärung einholen
- Fortführung

Nicht korrekt: Zwischenbilanz

Je Aufzählung 1.00 Punkte, max. 3.00 Punkte

(SER 2015, Anhang D v) sowie Die Eingeschränkte Revision, Renggli/Kissling/Camponovo, Kapitel 15)

rechnung und Anhang) haben? Nennen Sie die Folgen für die Jahre 2015 und 2016, indem Sie die betroffenen Positionen der Jahresrechnung und den entsprechenden Betrag aufführen. Geben Sie zu jeder Position eine Begründung.

2015:

Rückstellungen TCHF 700

(Prozesskosten TCHF 200 sowie TCHF 500 für Lohnfortzahlungen und Abgangsentschädigungen, OR Art. 960e Abs. 1)

Buchungspflichtiges Ereignis nach dem Bilanzstichtag aufgrund des Entscheids im 2015, daher Abgrenzung der zusätzlichen Aufwendungen.

2016:

Personalaufwand TCHF 1'200

Verringerung durch Einsparungen.

Korrekt: Anhang (mit Angaben Position, Betrag, Erklärung), wenn Erklärung korrekt

Nicht korrekt: Anzahl Vollzeitstellen im Anhang

Literaturhinweis: Botschaft 2007 (BBI 2008, 1708)

Konto 0.50 Punkte (Rückstellung oder a.o. Aufwand, Personalaufwand), Betrag 0.50 Punkte, plausible Erklärung 1.00 Punkte, pro genanntes Jahr max. 2.00 Punkte, insgesamt max. 4.00 Punkte

- c) Variante: Würden sich die Folgen betreffend des Personalabbaus für die Jahre 2015 und 2016 verändern, wenn der Beschluss des Verwaltungsrates 3 Monate später erfolgt wäre. Begründen Sie Ihre Antwort ausführlich und nennen Sie die betroffenen Positionen in der Jahresrechnung mit dem entsprechenden Betrag.

Ja, das Ereignis stellt für das Jahr 2015 kein buchungspflichtiges Ereignis dar. Aufgrund der Wesentlichkeit besteht jedoch ein offenlegungspflichtiges Ereignis nach dem Bilanzstichtag und ist im Anhang auszuweisen. Allenfalls sind sogar Angaben über die Fortführung nach OR Art. 958 I zu machen.

2015: Ausweis im Anhang als Ereignis nach dem Bilanzstichtag (OR Art. 959c Abs. 2 Ziff. 13) von TCHF 700 (Entschädigungen 500 und Prozesskosten 200).

2016: Verringerung des Personalaufwandes um TCHF 500 (1'200 abzgl. 700).

Literaturhinweis: Botschaft 2007 (BBI 2008, 1708)

Konto 0.50 Punkte (Anhang, Personalaufwand od. a.o. Aufwand), Betrag 0.50 Punkte, max. 1.00 Punkte pro Jahr und plausible Erklärung 1.00 Punkte, insgesamt max. 3.00 Punkte

Aufgabe 2

(5 Punkte)

Die Hellgrün AG liefert ihren Kunden Spezialanfertigungen, welche auf 3D-Grossdruckern hergestellt werden. Es handelt sich dabei um Einzelstücke, welche auf einer selbst programmierten Software gezeichnet werden. Aufgrund ihrer präzisen Herstellungsverfahren und ihrem grossen Know-how hat sich die Gesellschaft schnell vergrössert.

Die Generalversammlung der Hellgrün AG hat am 23. März 2015 die Jahresrechnung 2014 genehmigt und eine Kapitalerhöhung von TCHF 200 aus bestehendem frei verwendbarem Eigenkapital der Gesellschaft beschlossen. Es handelt sich dabei nicht um eine Sanierungsmassnahme, vielmehr soll damit die Kreditwürdigkeit der Gesellschaft gestärkt werden. Der Verwaltungsrat wurde damit beauftragt, 2'000 Namenaktien à 100.00 zum Nennwert innert drei Monaten zu zeichnen. Die Aktien werden von den bestehenden Aktionären zu gleichen Teilen übernommen.

Hellgrün AG durchgeführt. Anlässlich der Generalversammlung im März 2015 beauftragt Sie der Verwaltungsrat der Hellgrün AG, eine Kapitalerhöhungsprüfung durchzuführen.

- a) Erfüllen Sie die gesetzlichen Mindestanforderungen für die Durchführung der Kapitalerhöhungsprüfung? Nennen Sie als Begründung den genauen Gesetzesartikel zum Sachverhalt.

Ja, OR Art. 652f

1.00 Punkte (0.50 Punkte für Antwort und 0.50 Punkte für Gesetzesartikel)

Hinweis: Vorschriften betreffend QS 1 noch nicht anwendbar, da Prüfungsdurchführung im Frühling 2015 und QS 1 erst per 30. September 2016 zwingend.

(Die Eingeschränkte Revision, Renggli/Kissling/Camponovo, Kapitel 23.5.2, S. 640 sowie Einzelne Revisionsdienstleistungen, RAB)

- b) Welche Schritte im Ablauf der Kapitalerhöhung finden aus Sicht der Hellgrün AG vor und welche nach dem Prüfbericht statt? Nennen Sie je zwei.

Vor:

- GV-Beschluss
- Aktienliberierung
- Kapitalerhöhungsbericht
- Statutenänderung (vor oder nach Prüfbericht möglich)

Nach:

- Feststellungsbeschluss (evtl. Feststellungsbericht) durch VR
- Eintrag Handelsregister
- Buchung Aktienkapitalerhöhung
- Statutenänderung (vor oder nach Prüfbericht möglich)

Je Aufzählung 0.50 Punkte, max. 2.00 Punkte

(Die Eingeschränkte Revision, Renggli/Kissling/Camponovo, Kapitel 23.5.2, S. 640 sowie HWP 3, Teil II, Kapitel 1.2, S. 32/33)

- c) Wann muss bei einer Kapitalerhöhung kein Prüfbericht erstellt werden? Nennen Sie den entsprechenden Gesetzesartikel.

OR Art. 652f Abs. 2

(Wenn es sich nicht um einen qualifizierten Tatbestand handelt bzw. bei einer Barliberierung)

1.00 Punkte

(HWP 3, Teil II, Kapitel 2.1, S. 41)

- d) Die übliche Prüfungsbestätigung bei der Kapitalerhöhung enthält folgende Kernaussage: „Nach unserer Beurteilung ist der Kapitalerhöhungsbericht der Hellgrün AG nach den gesetzlichen Vorschriften vollständig und richtig.“ Nach welchem Standard wurde die Prüfung durchgeführt?

Schweizer Prüfungsstandard (PS)

1.00 Punkte

(Die Eingeschränkte Revision, Renggli/Kissling/Camponovo, Kapitel 23.3.1, S. 632 sowie PH 10, Beispiel 2.3)

Als grösstes Reisebüro der Region bietet die Blau AG Fluss- und Kreuzfahrten weltweit an. Die Kundschaft besteht nicht nur aus älteren Personen, sondern die interessanten Angebote der Blau AG sprechen auch junges Publikum an. Als Kleinunternehmen unterliegt die Blau AG der eingeschränkten Revision.

Der Alleinaktionär und CEO hat die Geschäftsführung seinen Nachkommen übergeben, welche unter anderem die Buchhaltung modernisieren möchten. Bisher wurde die Buchhaltung von einem lokalen Treuhandbüro geführt. Da die Nachkommen eine kaufmännische Grundausbildung absolviert haben, trauen sie sich zu, die Buchhaltung selbst zu führen. Die neuen Geschäftsführer haben sich entschieden, ein einfaches Buchhaltungsprogramm anzuschaffen und möchten dies nun auf ihre eigene Geschäftstätigkeit anpassen. Zudem sollen die internen Abläufe angepasst und vereinfacht werden.

Aufgabe 3.1

Die Buchführung wird nach den Grundsätzen des Obligationenrechts geführt. Die neuen Geschäftsführer sind zu Beginn etwas verunsichert und fragen bei Ihnen im Zweifelsfall nach.

- a) Wo genau finden die neuen Geschäftsführer die gesetzlichen Grundlagen, welche für die Buchführung massgebend sind? Nennen Sie den Titel und den Gesetzesartikel.

Im Obligationenrecht unter dem 32. Titel „Kaufmännische Buchführung und Rechnungslegung“ unter OR Art. 957.

Korrekt: OR Art. 957a

Je 0.50 Punkte, max. 1.00 Punkte
(HWP 1, Teil 2, Kapitel 2.1, S. 26)

- b) Welches sind die Grundsätze, nach denen sich die ordnungsmässige Buchführung richtet? Nennen Sie fünf Grundsätze.

- die vollständige, wahrheitsgetreue und systematische Erfassung der Geschäftsvorfälle und Sachverhalte;
- der Belegnachweis für die einzelnen Buchungsvorgänge;
- die Klarheit;
- die Zweckmässigkeit mit Blick auf die Art und Grösse des Unternehmens;
- die Nachprüfbarkeit

Je Aufzählung 0.50 Punkte, max. 2.50 Punkte
(OR Art. 957a Abs. 2)

Wird nur der Gesetzesartikel genannt, werden 0.50 Punkte vergeben.

tigkeit eines Reisebüros anpassen. Welche Mindestgliederung ist für das Fremdkapital gesetzlich vorgesehen?

kurzfristiges Fremdkapital:

- a. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,
- b. kurzfristige verzinsliche Verbindlichkeiten,
- c. übrige kurzfristige Verbindlichkeiten,
- d. passive Rechnungsabgrenzungen;

langfristiges Fremdkapital:

- a. langfristige verzinsliche Verbindlichkeiten,
- b. übrige langfristige Verbindlichkeiten,
- c. Rückstellungen sowie vom Gesetz vorgesehene ähnliche Positionen

Weitere Positionen sind im Anhang auszuweisen

Gesonderter Ausweis gegenüber (Unternehmen) direkt oder indirekt Beteiligten und Organen

Je Aufzählung 0.50 Punkte, max. 5.50 Punkte

(OR Art. 959a)

Wird nur der Gesetzesartikel genannt, werden 0.50 Punkte vergeben.

Aufgabe 3.2

Infolge der professionellen Unterstützung zur Organisation der Buchhaltung wurden Sie als gesetzliche Revisionsstelle für das darauffolgende Geschäftsjahr gewählt. Nachdem Sie sich mit den Nachkommen zusammengesetzt haben, um sich ein Bild über die Blau AG zu bilden, erstellen Sie die Prüfungsplanung.

- a) Welche Prüfungsziele werden den folgenden Prüfungshandlungen zugeordnet? Nennen Sie je ein Prüfungsziel und begründen Sie Ihre Wahl.

Durchsicht der Geldkonti im Hinblick auf ungewöhnliche Buchungen.

Vorhandensein, Eintritt

Durchsicht des Kontos Debitorenverluste und Feststellung der korrekten Autorisierung von Ausbuchungen.

Rechte und Verpflichtungen, Bewertung

Kritische Durchsicht von Aufwands- und Ertragskonten, welche häufig passive Rechnungsabgrenzungen enthalten

Rechte und Verpflichtungen, Vollständigkeit, Erfassung und Periodenabgrenzung

Abstimmung der Entwicklung der Steuerabgrenzung mit der Steuererklärung und den Zahlungen (Prüffeld direkte Steuern).

Vollständigkeit, Bewertung, Erfassung und Periodenabgrenzung

Befragung zu aussergewöhnlichen Transaktionen betreffend die Position Flüssige Mittel.

Rechte und Verpflichtungen, Eintritt

Analyse von Käufen oder Verkäufen eigener Anteile und deren Bilanzierung als Minusposten im Eigenkapital.

Darstellung und Offenlegung

Je Aufzählung mit plausibler Begründung 0.50 Punkte, ohne Begründung max. 0.25 Punkte, max. 3.00 Punkte

(SER 4.3, Seite 16ff)

- b) Die Prüfungsplanung sieht vor, dass Sie die langfristigen verzinslichen Verbindlichkeiten prüfen werden. Welche empfohlenen Prüfungshandlungen nehmen Sie im Rahmen der Prüfungsdurchführung vor? Zählen Sie sechs Prüfungshandlungen auf.

- Befragung, ob die Unternehmensleitung Bestimmungen von Darlehensverträgen nicht eingehalten hat.
- Besprechung der Massnahmen der Unternehmensleitung und der allfällig erforderlichen Korrekturen in der Jahresrechnung falls Darlehensverträge nicht eingehalten wurden
- Befragung über Sicherheiten zugunsten von Darlehensgebern
- Befragung zur Gliederung in langfristige und kurzfristige Darlehen
- Befragung zu Darlehen gegenüber direkt oder indirekt Beteiligten und Organen sowie gegenüber Unternehmen, an denen direkt oder indirekt eine Beteiligung besteht
- Beurteilung, ob der Zinsaufwand im Verhältnis zu den Darlehenssalden plausibel erscheint
- Abstimmung einer Aufstellung der Verbindlichkeiten mit der Jahresrechnung
- Einsicht in die Zinsabgrenzungsberechnung
- Einsicht in Kredit- und Darlehensverträge

Je Aufzählung 0.50 Punkte, max. 3.00 Punkte
(SER Anhang D, j), Seite 72)

- c) Im Weiteren prüfen Sie die Position Mehrwertsteuer, welcher Sie ein erhöhtes inhärentes Risiko zugeordnet haben. Welche weiter gehenden Prüfungshandlungen nehmen Sie vor? Zählen Sie drei Prüfungshandlungen auf.

- Nachvollzug der MWST-Umsatzabstimmung.
- Abstimmung der MWST-Abrechnungen mit den Konti
- Abstimmung der MWST-Abrechnungen mit der Umsatzabstimmung
- Befragung nach der Art der MWST-Abrechnung sowie allfälligen Sonderfällen
- Befragung der Unternehmensleitung, ob der Privatanteil von Geschäftsaufwendungen und Dienstleistungsbezug aus dem Ausland mit MWST abgerechnet ist
- Befragung der Unternehmensleitung nach branchenspezifischen MWST-Eigenheiten und entsprechenden Abklärungen, Unterlagen und Vereinbarungen mit der Steuerverwaltung

Je Aufzählung 1.00 Punkte, max. 3.00 Punkte
(SER Anhang D, n), Seite 76)

Aufgabe 4

(11 Punkte)

Die Malerei der Rot GmbH wurde 1972 gegründet und hat eine grosse Stammkundschaft. Die Rot GmbH bietet Malerarbeiten für Neubauten, Umbauten, Renovationen und Sanierungen an; sie hat aber zusätzlich auf die Farbberatung und –gestaltung spezialisiert. Die Rot GmbH ist ein mittel-grosses Malergeschäft mit rund 15 Vollzeitangestellten. Aufgrund der Grössenkriterien wird bei der Rot GmbH eine eingeschränkte Revision durchgeführt.

Die letzten Jahre waren bei der Rot GmbH sehr turbulent, da die Gesellschaft mit tiefen Margen zu kämpfen hatte und daher Liquiditätsengpässe entstanden sind. In der Berichterstattung der Revisionsstelle mussten deshalb immer wieder Hinweise, Zusätze oder andere Abweichungen vom Normalwortlaut formuliert werden.

standteile des Revisionsberichts zwingend vor. Nennen Sie sechs Elemente des Revisionsberichts zuhanden der Generalversammlung.

- Berichtsüberschrift
- Berichtsadressat
- Einleitung
- Art und Umfang einer eingeschränkten Revision
- Prüfungsaussage
- Ggf. Sachverhalte, welche die Prüfungsaussage nicht beeinflussen
- Ort und Berichtsdatum
- Name der Revisionsgesellschaft
- Unterschrift der Person, welche die Revision geleitet hat sowie deren Zulassung

Je Aufzählung 0.50 Punkte, max. 3 Punkte

(SER Kap. 8.1, S. 28, SER Anhang F, S. 94 sowie OR Art. 729b)

müssten, dass die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns nicht Gesetz und Statuten entsprechen.“ Wie nennt sich diese Art der Prüfungsaussage des Abschlussprüfers?

Negativ formulierte Zusicherung

Je Begriff 0.50 Punkte, max. 1.00 Punkte
(SER Kap. 1.2, S. 8)

- c) „Zur Buchführung ist Folgendes zu bemerken: Unsere Revision hat ergeben, dass kein Inventar der Warenvorräte erstellt und die Bilanzierung aufgrund einer Schätzung vorgenommen wurde. Dies ist ein wesentlicher Verstoss gegen die Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung von Art. 958c Abs. 2 OR.

Bei unserer Revision sind wir – mit Ausnahme der im vorstehenden Absatz dargestellten Einschränkung - nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns nicht Gesetz und Statuten entsprechen.“ Wie nennt sich diese Modifizierung der Berichterstattung des Abschlussprüfers?

Eingeschränkte Prüfungsaussage wegen festgestelltem Sachverhalt, die das Gesamtbild der Jahresrechnung nicht grundlegend verändert.

Je Begriff 0.50 Punkte, max. 2.00 Punkte
(SER Anhang F, Beispiel 2, S. 99)

- d) „Zur Bewertung ist Folgendes zu bemerken: Unsere Revision hat ergeben, dass die Rot GmbH eine Forderung gegenüber der nahestehenden Tochtergesellschaft Violett AG in der Höhe von CHF 200'000.00 aufweist. Wir haben die Bonität des Schuldners nicht prüfen können, da uns dafür – trotz unserer nachdrücklichen Aufforderung – keine geeigneten Unterlagen und Informationen zur Verfügung gestellt wurden.

Bei unserer Revision sind wir – mit Ausnahme der im vorstehenden Absatz dargestellten Einschränkung - nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns nicht Gesetz und Statuten entsprechen.“ Wie nennt sich diese Modifizierung der Berichterstattung des Abschlussprüfers?

Eingeschränkte Prüfungsaussage wegen Beschränkung des Prüfungsumfangs, die das Gesamtbild der Jahresrechnung nicht grundlegend verändert.

Je Begriff 0.50 Punkte, max. 2.00 Punkte
(SER Anhang F, Beispiel 6, S. 103)

ben, dass gegen die Rot GmbH ein Prozessverfahren hängig ist, wofür keine Rückstellungen gebildet worden sind. Es besteht eine wesentliche Unsicherheit in Bezug auf die Höhe der notwendigen Rückstellung. Entsprechende Angaben im Anhang der Jahresrechnung fehlen.

Wegen der Auswirkung des im vorstehenden Absatz dargelegten Sachverhalts entsprechen die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns nicht Gesetz und Statuten.“ Wie nennt sich diese Modifizierung der Berichterstattung des Abschlussprüfers?

Verneinende Prüfungsaussage wegen Sachverhalt, der das Gesamtbild der Jahresrechnung grundlegend verändert.

Je Begriff 0.50 Punkte, max. 1.50 Punkte
(SER Anhang F, Beispiel 3, S. 100)

- f) „Zur Bewertung ist Folgendes zu bemerken: Aufgrund unserer Revision müssen wir annehmen, dass die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stark gefährdete Guthaben enthalten, die nicht wertberichtigt worden sind. Hierdurch wären die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in einem Betrag von mindestens CHF 50'000 überbewertet; entsprechend wären das Ergebnis sowie das Eigenkapital in erheblichem Ausmass zu günstig ausgewiesen.

Wegen der möglichen Auswirkung der im vorstehenden Absatz dargelegten Annahme sind wir nicht in der Lage, eine Prüfungsaussage über die Jahresrechnung und über den Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns zu machen.“ Wie nennt sich diese Modifizierung der Berichterstattung des Abschlussprüfers?

Unmöglichkeit einer Prüfungsaussage wegen angenommenen Sachverhalts, der das Gesamtbild der Jahresrechnung grundlegend verändert.

Je Begriff 0.50 Punkte, max. 1.50 Punkte
(SER Anhang F, Beispiel 5, S. 100)

Aufgabe 5 (6 Punkte)

Die Grau AG ist bereits seit mehreren Jahren Kunde von Ihnen. Sie weisen bei der Revision der Grau AG ein neues Mitglied des Revisionsteams in die Arbeiten eines Abschlussprüfers ein. Sie führen die Arbeitspapiere.

- a) Welcher Gesetzesartikel schreibt die Dokumentation der Prüfung vor?

OR Art. 730c

1.00 Punkte

- b) Welchem Zweck dient die Prüfungsdokumentation? Nennen Sie vier.

- Nachweis, dass Prüfungsaussage gestützt ist
- Nachweis, dass die eingeschränkte Revision in Übereinstimmung mit dem SER vorgenommen wurde
- Erfüllung gesetzliche Pflicht

- Prüfungsnachweis
- Kontrolle Prüfungsablauf
- Grundlage Berichterstattung
- Unterstützung neue Mitarbeiter
- Beweismittel im Verantwortlichkeitsfall

Je Aufzählung 0.50 Punkte, max. 2.00 Punkte

(SER Kapitel 7.1, S. 26 sowie Die Eingeschränkte Revision, Renggli/Kissling/Camponovo, Kapitel 17.3.1, S. 435)

- c) Welche Erläuterungen sind in den Jahresakten zur Dokumentation zu machen? Nennen Sie sechs.

- Überlegungen zur Unabhängigkeit
- Verständnis des Abschlussprüfers von dem Unternehmen
- Wesentlichkeitsüberlegungen
- Ergebnisse von analytischen Prüfungshandlungen aus der Prüfungsplanung
- Das inhärente Risiko sowie der darauf basierende Prüfungsplan
- Prüfungsprogramm mit den einzelnen Prüfungshandlungen
- Fehlaussagen infolge festgestellter/angenommener Sachverhalte und ihre Behandlung
- Erlangte Prüfungsnachweise und ihre Beurteilung durch den Abschlussprüfer
- Memorandum (empfohlen)

Je Aufzählung 0.50 Punkte, max. 3.00 Punkte

(SER Kapitel 7.2, S. 26)